

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)  
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich),  
Kretz Annoncen AG (Herrliberg)

## Wir müssen uns stellen



Wir müssen uns den unterschiedlichen Bildern, die wir von unserem Land haben, stellen.

(Photo Stahl)

AMK. Auch nach dem 6. Dezember bleibt ein Thema dominant: die Abstimmung über den EWR-Vertrag. Er wurde mit 50,3 Prozent von einer knappen Mehrheit des Volkes sowie mit vierzehn ganzen und vier halben Ständen von einer deutlichen Mehrheit der Stände abgelehnt. 49,7 Prozent der Stimmbürgerinnen

und Stimmbürger sowie alle sechs Westschweizer Kantone und die beiden Basel nahmen den EWR-Vertrag an. Bei einer Rekordbeteiligung von 78,3 Prozent entfielen auf das Nein 1 763 016 und auf das Ja 1 786 121 Stimmen.

Es fällt emotional und sachlich begründet nicht leicht, wieder zur Tagesordnung zurückzufinden. Dennoch bleibt uns nichts anderes übrig, als uns den aufgerissenen Gräben, den unterschiedlichen Bildern, die wir Schweizerinnen und Schweizer von unserem Land haben, und den wirtschaftlichen Problemen, die sich durch das Nein zusätzlich ergeben, zu stellen.

Es ist selbstverständlich, dass unsere Regierung das Beste für die Schweiz erreichen will. Sie trägt am Schluss doch die Verantwortung. Wir alle aber tragen mit an dieser Verantwortung. – Wir müssen sie an unserem Platz, mit unseren Möglichkeiten wahrnehmen! □

## Schwierig

Die FDP bedauert das Scheitern der EWR-Vorlage sowohl am Stände- als auch am Volksmehr zutiefst. Damit haben die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Lösung abgelehnt, die unserem Land alle Optionen offengehalten hätte. Mit dem Nein ergeben sich sowohl innen- als auch europapolitisch grosse Schwierigkeiten. Innenpolitisch erfüllt die FDP der Gegensatz zwischen der den EWR befürwortenden Westschweiz und der ablehnenden Mehrheit mit grosser Sorge. Die Partei ruft alle Kräfte in unserem Land auf, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen.

Die FDP hat auf den EWR-Vertrag gesetzt, im Abstimmungskampf die Folgen einer Ablehnung aufgezeigt und vor einem Nein gewarnt. Die FDP akzeptiert selbstverständlich

Die FDP-Geschäftsleitung und das Generalsekretariat wünschen allen FDP-Mitgliedern und Sympathisanten frohe Festtage und entbieten die besten Wünsche zum Jahreswechsel.

Wir danken allen Männern und Frauen für ihren Einsatz im zu Ende gehenden Jahr, sei es als Politikerin und Politiker auf jeder Stufe, als Mitarbeiter in den verschiedenen Gremien der Partei, aber auch als Staatsbürger, welche im persönlichen Gespräch mit ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern immer wieder für unsere freisinnigen Anliegen einstehen.

den demokratischen Entscheidung des Schweizervolkes, kann aber heute keine Patentlösung vorweisen, um unser Land aus dieser Situation zu führen. Die Freisinnigen verweisen mit Nachdruck auf die Verantwortung der EWR-Gegner, welche im Abstimmungskampf auf die Fragen nach den Folgen eines Neins keine Antwort wussten. Als staatstragende Partei wird sich die FDP der Verantwortung nicht entziehen und bei der Suche nach Lösungen und damit bei der Schadensbegrenzung konstruktiv mitarbeiten. Europapolitisch soll nach Meinung der FDP die Türe zu den EFTA- und EG-Staaten offengehalten werden.

(Lesen Sie ab Seite 5)

### Inhalt

- Einen FDP-Jahresrückblick finden Sie ab Seite **10**
- Impressionen aus dem Baltikum lesen Sie ab Seite **13**
- Die nächste a. o. Delegiertenversammlung ist ausgeschrieben auf Seite **5**

# Aufbruch und Übergang: Gedanken zu 1993

**An der Schwelle zu 1993 ist gewiss geworden, wenn auch da und dort noch in alte Reflexe wie Chauvinismus, Nationalismus und Rassismus zurückgefallen wird, dass in eine neue Zeit aufgebrochen wird. In diesem «Übergang» dürfte manches 1993 auf den Kopf zu stehen kommen.**

## ◆ Jacques Baumgartner

Heute ist viel die Rede von Krisen. Aber Krisen sind Therapien, welche zum Heilsein, zu Lösungen führen. Zu seinen Krisen und zu jener der Nation ist Bill Clinton gestanden. Er will sich mit ihnen auseinandersetzen. Wahrscheinlich wurde er deshalb zum 42. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt.

### Aufbruch

George Bush, der scheidende Präsident, verteidigte hingegen das Alte. Clinton verspricht «neue Werte», Veränderungen. Das ist ein Aufbruch. Aufbrechen bedeutet sich öffnen, manchmal wird dazu ein Brechheisen benötigt; der Vorgang ist mit Mühsal verbunden. In den nächsten vier Jahren wird sich zeigen, ob die Amerikaner bereit sind, diese Mühsal auf sich zu nehmen.

«Aufbruch» sagt Clinton, und das unterscheidet ihn von der scheidenden Bush-Regierung. In seinen Regierungsplänen wird den globalen Umweltfragen erste Priorität eingeräumt.

Die Umwelt ist eigentlich die Mitwelt. Die Natur zeigt, dass sie stärker ist. Ein beherrschendes Thema in den Industriestaaten wird auch 1993 deren «Konsumdreck», deren Kehricht sein.

### 1. Januar 1993

Fanfarenstöße gibt es am 1. Januar 1993 in Westeuropa. Der Europäische Binnenmarkt ist Realität, es öffnen sich die Grenzen für 350 Millionen Menschen für freien Personen- und Warenverkehr, für Dienstleistungen. Es ist aber erst eine Hauptstrasse, an der noch

viele Zufahrten herangeführt werden müssen. Westeuropa funktioniert, zumindest wirtschaftlich.

Vom Welthandel beziehungsweise vom Weltreichtum entfallen auf die Westeuropäer 30 Prozent. Mit 31 Prozent «partizipieren» die 370 Millionen zur Nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) gehörenden Amerikaner, Kanadier und Mexikaner. Nafta soll am 31. Dezember 1993 Wirklichkeit werden, und schon bald dürften weitere lateinamerikanische Staaten um Beitritt nachsuchen.

Die Europäische Gemeinschaft dürfte im ersten Halbjahr 1993 vor allem damit beschäftigt sein, Bürgernähe zu suchen, um im Zusammenhang mit den Verträgen von Maastricht zur politischen und monetären Union eingebüsstes Vertrauen zurückzugewinnen, um Emotionen zu glätten.

Angeschlagen ist das aussenpolitische Ansehen der EG wegen ihres Unvermögens, den Krieg im früheren Jugoslawien zu beenden. Eigentlich wird Europa nochmals seine kriegerische Vergangenheit – mit all ihren Greueln – in diesem Jahrhundert vor Augen geführt.

### «Explosionsgefahr»

Schreitet (West-)Europa 1993 nicht entschieden ein und gebietet Halt, so besteht grosse Gefahr, dass der Krieg ausufert, auf Kosovo und Mazedonien übergreift, letztlich Bulgaren, Griechen und Türken mitverstrickt. Der Ruf überwiegend muslimisch bevölkerter Staaten zur Hilfe an die bedrängten, als Staatsvolk schon aufgegebenen Bosnier wird immer lauter und drängender.

Die Katastrophenlage im Kriegsgebiet dient islamisch-fundamentalistischen Kräften in einigen arabisch-nordafrikanischen Staaten als Agitationsmittel für die Behauptung, dass nicht nur der Westen schlecht sei, sondern dass die eigenen Regierungen tatenlos blieben, um dem Westen zu gefallen. In Ägypten, aber vor allem in Algerien kann die Regierung islamische Eiferer nur noch mit Gewalt an der Machtübernahme hindern. In ganz Nordafrika herrscht «Explosionsgefahr».

Das islamische fundamentalistische Feuer schürt Iran. Iran rüstet enorm auf, ist bereits wieder die Regionalmacht im Golfgebiet.

Eine Horror-Annahme ist, dass die Theokraten in Teheran in den Besitz von Nuklearwaffen gelangen können oder bereits gelangt sind, diese 1993 auch einsetzen beziehungsweise daran durch einen Überraschungsangriff amerikanischer Bomber gehindert werden. Als weitere unberechenbare Nuklearwaffenbesitzer sind Libyen, Nordkorea und sogar Palästinenser denkbar.

### Nukleararsenal

1993 dürfte «dämmern», dass sich der Ausstieg aus dem Nuklearzeitalter als ebenso schwierig erweist wie seinerzeit der Einstieg.

Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion lagern, zerstreut, über 30 000 Nuklearsprengköpfe... Deren permanente Bewachung ist illusorisch. Über die nächsten fünf Jahre werden 700 000 Kilo waffenfähiges Uran und 140 000 Kilo waffenfähiges Plutonium aus «abgerüsteten» ex-sowjetischen Nukleararsenalen frei.

Illegale, «strahlende» Geschäfte mit spaltbarem Material werden mit dem Öffnen der Grenzen Europas zunehmen. Nukleare Zeitbomben in der früheren Sowjetunion und in osteuropäischen Staaten sind die Kernkraftwerke vom Typ «Tschernobyl».

### Freier Wettbewerb

1993 wird das Jahr sein, in dem es erstmals seit Jahrzehnten auf dem Gebiet der verflochtenen Sowjetunion, erstmals seit 1945 in den osteuropäischen Staaten mehr private als staatliche Unternehmen geben wird. Nach Jahren im Nebel der kommunistischen Gleichschaltung weht der rauhe Wind des freien Wettbewerbs.

Vielen Menschen (im Osten) bläst er (noch) zu stark ins Gesicht. Sie haben sich zwar von den kommunistischen Ketten befreit und sind aufgebrochen, aber sie haben zum Teil ihr schützendes soziales Nest verloren, haben keine Richtschnur mehr. Das ist Nährboden für Unruhen, wie sie sich bereits in Deutschland manifestieren und 1993 wahrscheinlich noch an Schärfe und an Gewalt zunehmen werden.

### Grenzenlose Zukunft

So nationalbewusst sich einzelne Völker, einzelne Volksgruppen auch geben und gebärden mögen, keine grosse Industrieunternehmung in Westeuropa kann sich heute noch national nennen. Die wachsende Integration der Weltwirtschaft («verknüpfte Welt») drängt die Firmen (die Arbeitgeber) in eine im wahren Sinne des Wortes grenzenlose Zukunft. Für Hunderttausende von Arbeitnehmern dürfte sich jedoch diese Zukunft 1993 als grenzenlos unsicher erweisen. Es ist vorderhand mit noch mehr Entlassungen zu rechnen. Sichere «jobs» auf Lebenszeit werden sich als unsicher, als eine brüchige Sicherheit erweisen.

Der Wirtschaftsaufschwung sei am Horizont, heisst es immer wieder und wird es auch 1993 heissen. Als realistischer dürfte sich aber das Jahr 1994 erweisen. Alles in allem dürften 1993 viele Karten neu gemischt werden. Und das «Spiel» wird weitergehen, aber anders als bis anhin. □

# Reini Frei: Unterwegs zum Kilimandscharo

**Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?**

Auf den Zerfall des Blockdenkens, die Einigung Europas und dadurch die Chance, grosse Probleme gemeinsam lösen zu können.

**Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?**

Der aufkommende Rechtsextremismus.

**Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?**

Die wichtigste Erfindung: das Rad (brachte alles ins Rollen...); die unwichtigste: die elektrische Zahnbürste.

**Was lieben Sie an der Schweiz?**

Dass sie im Herzen Europas ein freies, selbstbewusstes, föderalistisches und demokratisches Land bleibt.

**Was missfällt Ihnen in unserem Land?**

Die mangelhafte Toleranz, Engstirnigkeit und der Neid vieler Zeitgenossen.

**Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells**

**einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»**

Ja, waren es doch immer wieder Minderheiten, die Fortschritt oder Umdenken ermöglichten: die Liberalen im vorigen Jahrhundert; die Linken in den zwanziger und die Grünen in den siebziger Jahren.

**Warum sind Sie bei der FDP?**

Weil der Liberalismus «Sprengkraft» (nur die Zündschnur müssen wir wieder finden...) und «Gestaltungswillen» (nur zupacken müssen wir wieder lernen...) hat.

**Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?**

Der Frau oder dem Mann jenes nicht genannten wollenden Politikers...

**Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?**

Durch Zivilcourage und Taten.

**Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?**

«Neue» Männer und Frauen braucht die Politik...

Joggen (körperliche Fitness), lachen (psychische Fitness).

**Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?**

Schwäche: Ungeduld. Stärke: Kreativität und Tatendrang.

**Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?**

Mit meiner Frau den Kilimandscharo besteigen.

**Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?**

Urs Altermatt: «Katholizismus und Moderne» sowie Brigitte Fuchs-Frei (nicht verwandt): «An und für sich» (Gedichte für Dich).

**Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?**

Jean-Rodolphe von Salis – für eine Geschichtslektion aus erster Hand und um besser zu verstehen, warum viele aus der älteren Generation beim Wort «Europa» so zusammensinken. □

## Kurzbiographie

### Reinhard Frei

**Zur Person:** Reinhard Frei, verheiratet, zwei Kinder, wohnhaft in Widnau, St. Galler Rheintal.

**Alter:** 36

**Berufliche Stationen:** Verwaltungslehre, Banktätigkeit, HWV-Studium, Verkaufsleiter eines Sportartikelherstellers, anschliessend Marketing- und Exportleiter eines Kunststoffwerkes (Mitglied der Geschäftsleitung), heute PR-Lei-

ter der Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell sowie Geschäftsführer des Euro-Informationcenters der Ostschweiz.

**Politischer Werdegang:** wenig aufregend. Aktuar in einer Ortsgemeinde, Kantonsratskandidat (na ja: erster Ersatz), Mitglied der Bezirksparteileitung.

**Liebste Tätigkeit:** lesen, schreiben, bei einem guten Glas Wein mit Frau oder Freunden diskutieren. □



Reinhard Frei möchte verstehen, warum viele aus der älteren Generation beim Wort «Europa» so zusammensinken.

# Management und Politik

**Damit die komplexen Gegenwartsprobleme gelöst werden können, sollte dem Unternehmer mehr politische Kompetenz und dem Politiker mehr Management-Kompetenz vermittelt werden.**

Zu diesem Schluss kommen die Autoren des Buches «Management in der Politik», wenn sie anhand theoretischer Überlegungen und praktischer Beispiele aus ihrer Beratungstätigkeit zu den beiden folgenden Themenkreisen Stellung nehmen:

## Management in der Politik

In der Verwaltungsführung und der politischen Planung sollten vermehrt moderne Managementmethoden angewendet werden. Im Zentrum stehen dabei folgende Fragen:

- Lassen sich theoretische Managementansätze überhaupt auf die öffentliche Verwaltung übertragen?
- Wo liegen die Möglichkeiten und Grenzen einer wirtschaftlichen Verwaltungsführung?
- Welche Strategien können Gemeinden verfolgen, um sich vermehrt nach den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten?
- Welche Instrumente (Leitbilder, Richtlinienprogramme, Finanzpläne) stehen im Rah-

men der politischen Planung zur Verfügung, um die komplexen Probleme im Spannungsfeld vielfältiger Interessen einer Lösung zuzuführen?

- Welche Rolle spielen externe Gutachter in der politischen Planung?

## Politik im Management

In die Unternehmensführung sollten vermehrt politische Aspekte einbezogen werden. Es geht dabei beispielsweise um folgende Fragen:

- Welcher Stellenwert kommt modernen anspruchstheoretischen Managementmodellen in Wissenschaft und Praxis zu?
- Wie kann heute der Unternehmer im Spannungsfeld vielfältiger Interessenkonflikte seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden?
- Welche Strategien eignen sich für das Unternehmen, um die Beziehungen mit strategisch bedeutsamen gesellschaftlichen Anspruchsgruppen optimal zu gestalten und gesellschaftspolitische Konflikte möglichst erfolgreich auszutragen?

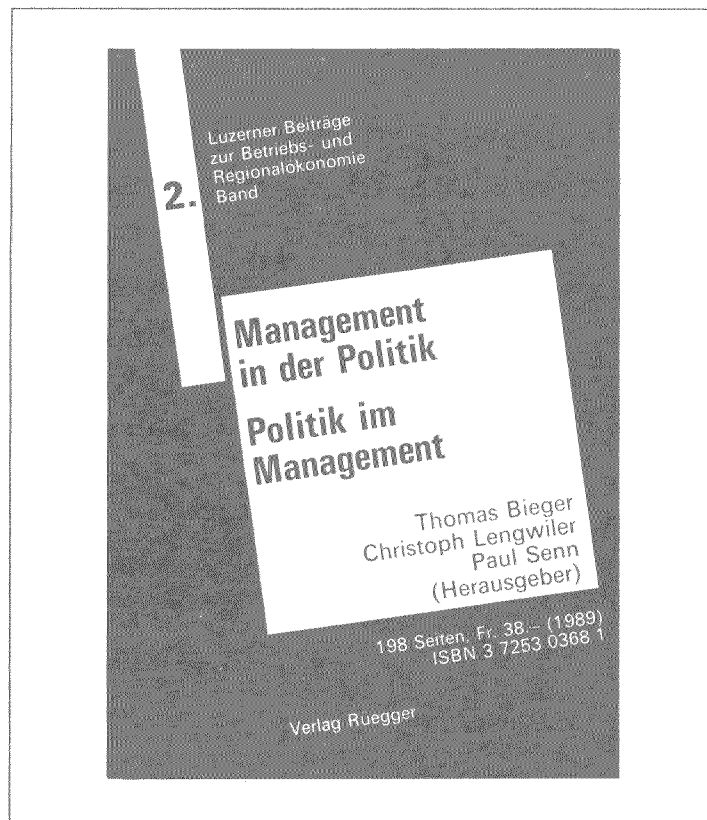
## Motorfahrzeug-Haftpflicht-Prämien

Eine soeben erschienene Broschüre «Alles über die Motorfahrzeug-Haftpflicht-Prämien 1993» informiert über den Aufbau der Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung, die Berechnung der Prämien und die Gründe, warum 1993 Prämien-erhöhungen und -senkungen eintreten.

Die Broschüre enthält instruktive Grafiken über die Prämien, Preis- und Kostenentwicklungen sowie – neu – eine farbige Karte jener Länder, in denen die in der Schweiz gelöste Haftpflichtversicherung

gilt; sie ist um Angaben über die Grüne Karte und andere Vorschriften ergänzt, die in gewissen Ländern zu beachten sind. Leicht verständlich und in übersichtlicher Form orientiert die Schrift über alle Aspekte und Probleme der Motorfahrzeug-Haftpflicht-Versicherung, die ja von über drei Millionen Fahrzeughaltern getragen wird.

Die Broschüre kann gratis bei der Schweizerischen Vereinigung der Haftpflicht- und Motorfahrzeug-Versicherer (HMV), Genferstrasse 23, 8002 Zürich, bezogen werden. □



- Welche Probleme stellen sich dem Unternehmer bei der Gestaltung seiner «Aussenpolitik», und was kann die zwischenbetriebliche Kooperation zu ihrer Lösung beitragen? Das Buch richtet sich an Unternehmer, Politiker, Behördenmitglieder, Berater und Wissenschaftler, die sich mit Theorie und Praxis der Unternehmens- und Verwaltungsführung auseinandersetzen.

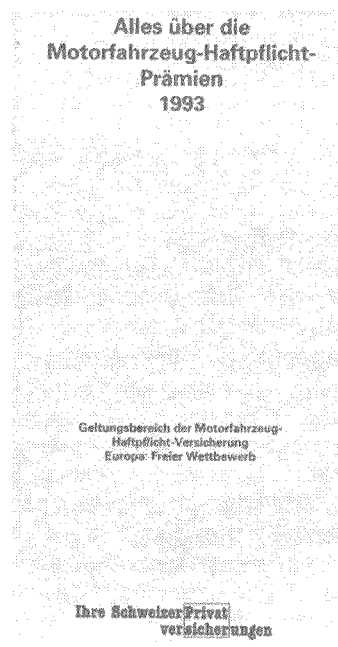
Biegler/Lengwiler/Senn (Hrsg.): Management in der Politik. Politik im Management. Luzerner Beiträge zur Betriebs- und Regionalökonomie, Bd. 2. Verlag Ruediger, Chur 1989. Fr. 38.–, 198 S.

## Wo tagen?

Die dritte, vollständig überarbeitete und ergänzte Ausgabe des Seminar- und Tagungshotelführers ist soeben erschienen. Das für unzählige Entscheidungsträger wichtige Informationsmedium, wenn es um die Organisation von externen Anlässen geht.

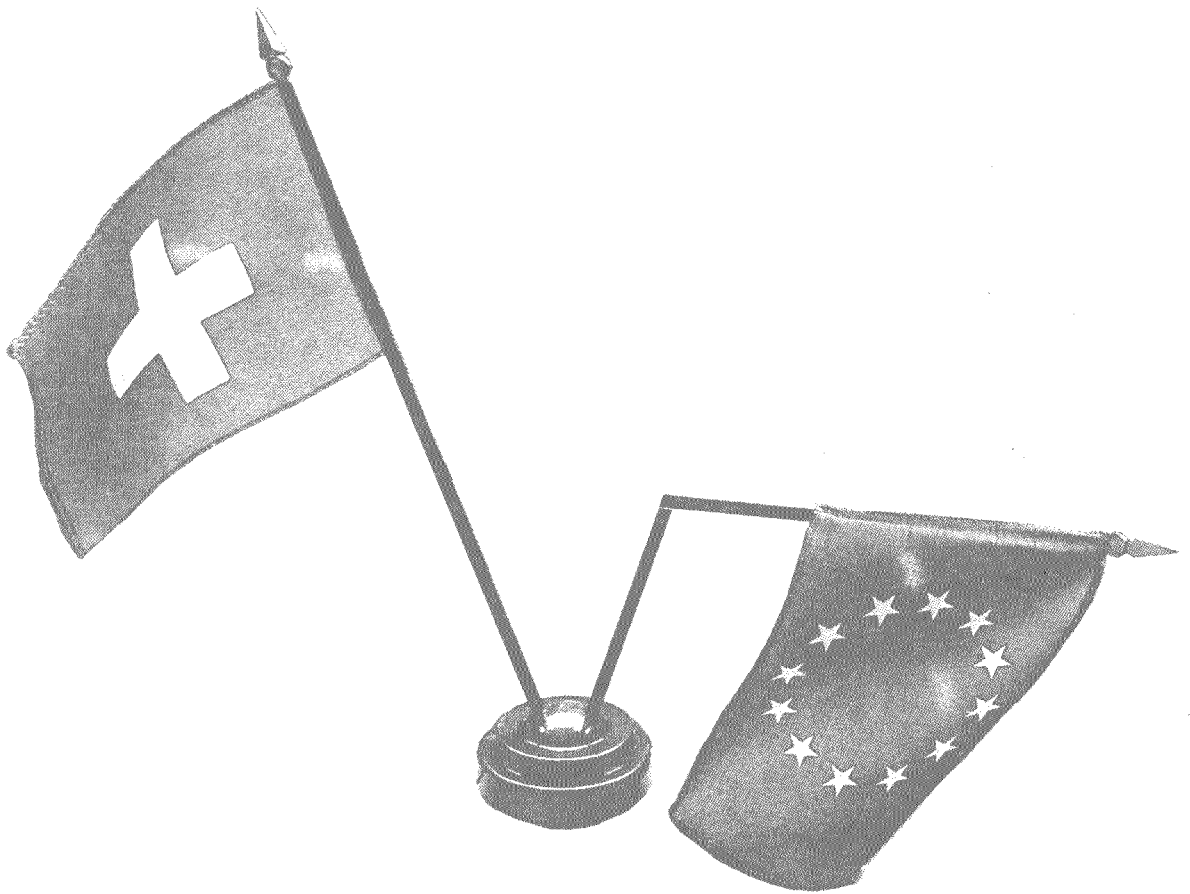
In der Ausgabe 1993 werden rund 200 nach klar definierten Kriterien ausgewählte und von den Herausgebern persönlich geprüfte Häuser vorgestellt, sie bieten somit Gewähr für einen professionellen Seminarbetrieb. Alle sind farbig abgebildet und ausführlich beschrieben.

Die Präsentation erlaubt eine schnelle Information und dank einheitlichem Aufbau mit verbindlichen Preisen wertvolle Quervergleiche. Die beigelegte Checkliste ermöglicht eine unkomplizierte Anfrage oder Buchung. Sie kann beliebig oft kopiert werden. □



Guide Midena – Schweizer Hotels für Seminare/Tagungen und gesellschaftliche Anlässe, Ausgabe 1993. Herausgegeben von Michael Klein und Brigitta Butikofer. 192 Seiten, über 200 Farbbilder, Checkliste für Anfrage oder Buchung. ISBN 3-310-00107-5, Fr. 24.–. Erhältlich in Buchhandlungen mit Reiseabteilung oder beim Midena-Verlag, Postfach 149, 5024 Küttigen bei Aarau.

Der europäische Binnenmarkt wird im Jahre 1993 leider ohne Schweiz Wirklichkeit und bringt allen beteiligten Staaten wirtschaftliche Vorteile durch ein Mehr an Wettbewerbsfreiheit und einen Abbau von Handelshemmnissen. Die neue Wirtschaftsgemeinschaft bildet ein stabilisierendes Element in einem Europa, das nach zwei verheerenden Weltkriegen eine dauerhafte Friedensordnung sucht. Wer solchem europäischem Integrationswerk den Rücken zudreht, muss im wirtschaftlichen Kampf mit kürzeren Spiessen als seine Konkurrenten antreten und gilt als ungeliebter Vertreter des «Sacro Egoismo». Diese aussenpolitische Wahrheit richtet sich nicht nach uns, sondern wir Schweizer haben uns nach ihr auszurichten.



(Photo Stahl)

## «Reculer pour mieux sauter!»

**Nationalrat Ernst Mühlemann (TG)**

Wir stecken heute in einer hausgemachten Wirtschaftskrise, welche von aussen dauernd verstärkt wird. Auf Grund des negativen Volksentscheides vom 6. Dezember 1992 haben wir uns nun mit eigener Kraft aus dem Sumpf zu ziehen und sofort mit der sogenannten Revitalisierung zu beginnen.

Dies bedingt zuerst eine Mentalitätsänderung, bei welcher die pessimistische Angst vor der Zukunft durch optimistische Chancenwahrnehmung verdrängt werden muss. Nur eine innovative Geisteshaltung führt zu neuen Erfindungen und Erkenntnissen, die in der Wirtschaft gewinnbringende Umsetzung erfahren und eine wirtschaftliche Renaissance gestatten.

Erst mit einem ökonomischen Aufschwung gelingt die Sanierung der Staatsfinanzen, denn neben Sparprogrammen bedarf es auch fiskalischer Mehreinnahmen, um die anstehenden Aufgaben im Bereich von Sozialvorsorge, Umweltschutz, Verkehr und Landwirtschaft zu lösen. Es müssen dabei auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so verbessert werden, dass wieder ein freies Wettbewerbsklima entsteht, wo der Unternehmer zu keinem etatistischen Hürdenlauf gezwungen ist.

### Türen offenhalten

Im aussenpolitischen Bereich kann erwartet werden, dass die schmale Brücke des Freihandelsabkommens aus dem Jahre 1972 erhalten bleibt und eine erste lose Verbindung zum neuen Binnenmarkt darstellt. Es wird jetzt darum gehen, alle Türen nach Europa offenzuhalten und die beste-



FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann (rechts, neben ihm der Unternehmer Thomas Schmidheiny) meint, dass wir unsere Mentalität ändern müssen. (Photo Sprich)

henden Kontakte nicht abbrechen zu lassen.

Sicher sind handelsvertragliche Verbindungen für Dienstleistungen, Personen und Kapitalien auf bilateralem Weg anzustreben. Das Gesuch um Verhandlungen zum EG-Voll-

beitritt sollte nicht zurückgezogen werden, dürfte aber vorläufig in einer unteren Schublade ruhen. In den europäischen Verzahnungsregionen Genfersee, Jura, Basel, Boden-

Fortsetzung auf Seite 6

# Weiche gestellt

Die EWR-Schlacht ist geschlagen. Es war eine mobilisierende Auseinandersetzung. Sie hat gezeigt, dass politische Themen, Zukunftsthemen, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes interessieren, dass die vielgeschmähte politische Abstinenz dann verlassen wird, wenn es um wichtige Fragen geht. Und um Wichtiges ist es wohl am 6. Dezember gegangen, um eine Weichenstellung, um die zukünftige Stellung unseres Landes in Europa.

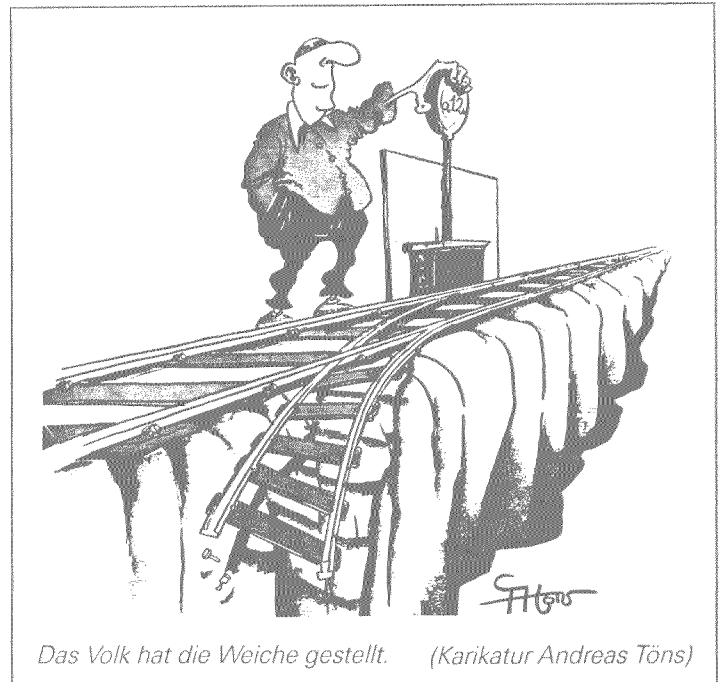
**Nationalrat**  
François Loeb (BE)

Die Weiche ist gestellt. Der Zug fährt in die Richtung, die das Volk entschieden hat. Aber wie ist der Zustand des Geleises, auf dem wir fahren werden? Wie der Unterbau? Wie

das Schotterbett, wie die Brücken und Kunstbauten, wie die Kurven und Bergstrecken?

## Sanieren

Der Bericht der Streckenwärter, die täglich die Geleise ablaufen, ist nicht ermutigend: Zwar könnte theoretisch mit



Das Volk hat die Weiche gestellt. (Karikatur Andreas Töns)

Höchstgeschwindigkeit gefahren werden, aber da behindert eine lockere Schraube diese

Ziel und dort zwingt ein ausgefahrenes Geleise zur Bummelfahrt. Der Zug wird nicht rich-

## Motion

### Schweizerischer Wirtschaftsrat

Der Bundesrat wird beauftragt, möglichst rasch einen schweizerischen Wirtschaftsrat, bestehend insbesondere aus Vertretern der Wissenschaft und Wirtschaft sowie den Sozialpartnern, einzusetzen, der halbjährlich Empfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zur Förderung des Funktionierens der Marktwirtschaft abgibt.

Die Rahmenbedingungen der schweizerischen Wirt-

schaft haben sich im internationalen Vergleich eindeutig verschlechtert. Unser rohstoffarmes Land muss aber auf den internationalen Märkten konkurrenzfähig bleiben, soll nicht die Basis unseres Wohlstandes zerstört werden.

Die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft basierte immer auf möglichst optimalen Rahmenbedingungen, auf Kreativität, Risikobereitschaft und auf der grossen Schaf-

fenskraft unserer Bevölkerung. Die eingetretene Verschlechterung der Rahmenbedingungen stellt bereits jetzt eine substantielle Gefährdung unserer internationalen Konkurrenzfähigkeit dar.

Es gilt deshalb alle Kräfte zu mobilisieren, die Rahmenbedingungen und das optimale Funktionieren unserer Marktwirtschaft sicherzustellen. Ein schweizerischer Wirtschaftsrat, bestehend aus 9 bis 15 Mitgliedern der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Sozial-

partner, soll ins Leben gerufen werden, um ohne jede Bürokratie und Verwaltungslastigkeit regelmässig konkrete, praktische Empfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und für das optimale Funktionieren der Marktwirtschaft abzugeben. Die halbjährlichen Empfehlungen würden es erlauben, Zielvorstellungen zu formulieren und den Weg zur Zielerreichung auch über längere Frist zu begleiten. □

### Fortsetzung von Seite 5

see, Engadin und Tessin können die wirtschaftspolitischen Bedingungen so verbessert werden, dass der kleine Grenzverkehr erhebliche Erleichterungen erfährt und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn verstärkt wird.

### Neutralitätspolitik

Besondere Bedeutung erlangt die eigenständige Neutralitätspolitik unseres Landes, welche nicht nur der Selbstbehauptung dient, sondern vermehrt in den Dienst internationaler

Solidarität zu stellen ist. Wir dürfen bei aussenpolitischen Aktionen nicht mehr hinter der Uno oder der EG nachhinken, ohne aus eigener Initiative Vorleistungen für friedliche Entwicklungen zu erbringen.

So gilt es etwa im Europarat am geistigen Aufbau unseres Kontinents noch stärker mitzuwirken und für die erstmalige Konferenz der Staatsoberhäupter im nächsten Jahr in Wien schweizerische Konzepte einzubringen. Die Entwicklungszusammenarbeit auf dem Trümmerfeld des Kommunismus ist nicht zu bremsen, sondern zielstrebig und projektbezogen voranzutreiben. Im Jugoslawien-Konflikt sollte die

Schweiz noch stärker die Rolle des unabhängigen Neutralen spielen und ihre Gute Dienste nachhaltig anbieten. Nur wenn wir jetzt durch aktive Solidarität auffallen, werden wir das Image des selbstzufriedenen Egoisten im positiven Sinn verändern.

### Nationale Brückenbauer

All dies kann nur gelingen, wenn wir das innenpolitische Klima sofort verbessern und einen konstruktiven Schulterschluss innerhalb der Parteienlandschaft suchen. Es sind dabei vor allem nationale Brückenbauer gefragt und extremistische Spaltpilze auszugrenzen. Diese Aufgabe ist beson-

ders schwierig, denn es gilt, den tiefen Graben West- und Deutschschweiz zuzuschütten und die Risse innerhalb der Parteien und der Wirtschaftsverbände zu kitten.

Alle müssen akzeptieren, dass das Kapitel «EWR» in unserer Europapolitik vorläufig abgeschlossen ist, aber alle sollten auch begreifen, dass wir uns dem Binnenmarkt schrittweise annähern müssen, um unseren wirtschaftlichen Wohlstand zu erhalten. In diesem Sinne sollten sich möglichst viele Schweizer hinter die Devise scharen: «reculer pour mieux sauter!» □

tig beschleunigen können, weil das nächste technische Hindernis ihn zwingen wird, gleich wieder abzubremsen, derweil links und rechts von unserem Geleise auf den Neubaustrecken unserer Konkurrenten die Züge hellerleuchtet vorbeiflitzen, nur dort abzubremsen haben, wo sie es wollen.

Wenn wir also die Weiche gestellt haben, geht es heute darum, so rasch als möglich das Geleise, den Unterbau zu sanieren, die technischen Hindernisse wegzuräumen, auf dass auch unser Zug problemlos fahren kann. Denn nur so werden die Passagiere auch weiterhin unsere Strecken benutzen und uns nicht links liegen lassen. Unser Rollmaterial ist zwar modern, aber wir müssen diesem freie Fahrt auf einem optimalen Schienennetz bieten. Oder anders gesagt: luxuriöse, lauffähige Wagen werden uns kein Passagieraufkommen bieten, wenn der Zustand der Schienen zur Bummelfahrt zwingt.

Nach der Weichenstellung durch das Volk geht es also nun darum, den Schienenstrang in Ordnung zu bringen. Diese Arbeit haben wir selbst an die Hand zu nehmen. Niemand, kein anderes Land, keine internationale Organisation, kein Wirtschaftsvertrag wird das für uns tun.

Wir haben in die Hände zu spucken und unsere Wirtschaft selbst zu revitalisieren. Rasch und effizient. Denn ohne Revitalisierung werden wir den wirtschaftlichen Anschluss verpassen, werden ins zweite oder dritte Glied zurückfallen. Ein Land ohne Rohstoffe wie die Schweiz hat keine andere

### Handlungsbedarf besteht in vielen Gebieten

- Substantielle Beschleunigung staatlicher Entscheidungsmechanismen. Die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmungen müssen das Recht haben, rasch staatliche Entscheidungen zu erhalten. Jahrelanges Verzögern von Entscheiden und Nichtentscheiden, wie es in letzter Zeit eingerissen hat, muss der Vergangenheit angehören. Es ist zu prüfen, ob ein Recht auf rasche staatliche Entscheide in die Verfassung aufzunehmen ist.

- Bestehende und neue Gesetze und Verordnungen müssen auf ihre Marktwirtschaftsverträglichkeit geprüft werden. Wo nötig, sind sie rasch anzupassen oder aufzuheben.

- Der Wettbewerb ist zu stärken, das Kartellgesetz zu überprüfen und insbesondere der Kartellkommission eigene Entscheidungskompetenz und eine bessere Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

- Die Defizite der öffentlichen Haushalte sind abzubauen, insbesondere sollen öffentliche Unternehmen wie

die SBB nach Abgeltung des Leistungsauftrages wieder auf selbsttragende Basis gestellt werden.

- Der Übergang zur Mehrwertsteuer (Eliminierung der Taxe occulte für die Exportwirtschaft) ist unverzüglich zu realisieren.

- Die steuerlichen Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass der Unternehmensstandort Schweiz interessant bleibt und dass Unternehmungen, die Investitionen auslösen, begünstigt werden. Die Abgaben und Steuern sind auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen hin zu überprüfen.

- Die Privatisierung ist zu fördern, Wettbewerb auch bei öffentlichen Dienstleistungen zuzulassen.

- Unternehmensgründungen sind zu fördern, die initiativen, unternehmerischen Kräfte in unserem Land zu ermuntern, ihre Ideen umzusetzen.

- Das Bildungswesen ist auf allen Stufen zu optimieren, die Durchlässigkeiten sind zu verbessern, die Ausbildungs-

zeiten zu straffen und die «éducation permanente» auszubauen.

- Durch Anpassungen der Bestimmungen für ausländische Arbeitnehmer ist sicherzustellen, dass von der Wirtschaft benötigte Spezialisten unbürokratisch Arbeitsbewilligungen erhalten. Zudem sind die Bestimmungen für Grenzgänger zu vereinfachen.

- Der Perfektionismus, mit dem staatliche Leistungen erbracht (z. B. Strassenbau), aber auch staatliche Rahmenbedingungen (z. B. Baugesetze) gesetzt sind, müssen überdacht werden, die notwendigen Anpassungen sind vorzunehmen.

- Problemlösungsorientiertes Denken staatlicher Dienstleistungen und der staatlichen Rahmensetzung ist wiederum in den Vordergrund zu stellen. Dies war einst unsere Stärke und sollte rasch wieder zur Stärke werden. Dazu gehören auch Flexibilität, Abbau von Bürokratie und rasche Anpassung an veränderte wirtschaftliche Gegebenheiten.

Nationalrat François Loeb  
(BE)

Wahl als eine vitale Wirtschaft, als optimale Rahmenbedingungen.

### Wirtschaft

Was ist zu tun? Wo liegt Handlungsbedarf vor? Als erstes plädiere ich für die sofortige Einsetzung eines schweizerischen Wirtschaftsrates durch den Bundesrat (s. Motion). Der Wirtschaftsrat soll 9 bis 15 Mit-

glieder aus Wissenschaft, Wirtschaft und den Sozialpartnern umfassen und halbjährlich in einem Bericht Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die schweizerische Wirtschaft sowie den entsprechenden Handlungsbedarf in Gesetzgebung und in der Staatsverwaltung aller Stufen aufzeigen. Die vorgelegten Berichte haben auch eine Fortschrittskontrolle einzuschliessen, und sollen, neben den Medien, allen kantonalen Regierungen und den eidgenössischen sowie kantonalen Parlamentsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Ein schweizerischer Wirtschaftsrat hätte die Aufgabe des Streckenwärters im einleitenden Beispiel. Von entscheidender Bedeutung ist natürlich die rasche und effiziente Umsetzung der Empfehlungen in die Praxis. Hier darf, unserer wirtschaftlichen Zukunft wegen, unter keinen Umständen Zeit verloren werden.

### Handlungsbedarf

Handlungsbedarf, das wird wohl auch der schweizerische

Wirtschaftsrat feststellen, wird in vielen Gebieten unumgänglich sein (s. Kasten).

### Impressum

#### Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

#### Verantwortlich

##### für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

#### Inseraten-Verwaltung:

Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

#### Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–  
Jahresabonnement Fr. 20.–



FDP-Nationalrat François Loeb: «Es besteht Handlungsbedarf.»  
(Photo ruti)

# FEDER FÜHREND



**BAUMANN + CIE AG**  
**Federnfabrik, CH-8630 Rüti**  
 Tel. 055/848 111  
 Telex 875 606, Fax 055/848 511

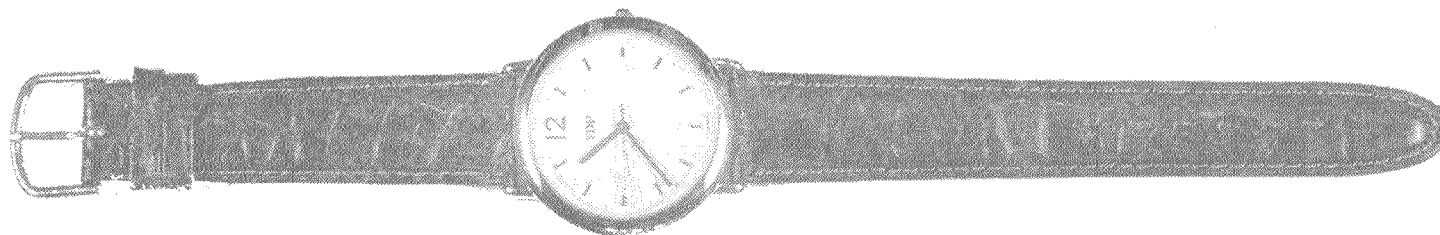
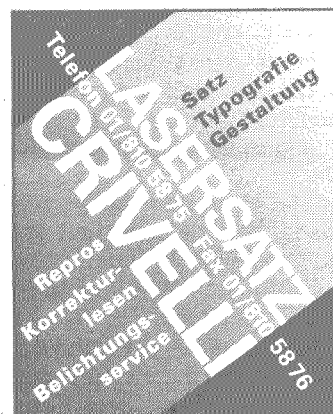
## LFSA

### Suchtprävention am Arbeitsplatz

Anlässlich der Jugendkonferenz des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) Anfang Oktober 1992 in Aarau verabschiedeten die Teilnehmer eine Resolution, mit der sowohl Wirtschaft als auch Bevölkerung der Schweiz zum gemeinsamen Einsatz für Suchtgefährdete und Süchtige aufgerufen werden.

Die LFSA-Jugend macht darauf aufmerksam, dass Sucht ein gesellschaftliches Problem ist, das alle angeht. Durch ein gutes, suchthemendes Klima am Arbeitsplatz, das von gegenseitiger Aufmerksamkeit geprägt werde, könnten sowohl Betriebsleitung als auch Arbeitnehmer zur Suchtvorsorge beitragen.

Die Wirtschaft der Schweiz wird aufgerufen, Integrationsprojekte an die Hand zu nehmen und intensiv mit Drogenberatungs- und Suchtpräventionsstellen zusammenzuarbeiten. □



## Es ist FDP-Zeit

Neu bei uns eingetroffen ist eine beschränkte Anzahl FDP-Uhren. Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quartzwerk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Zifferblatt-Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Garantie Fashion Time.

### Talon

Ich bestelle zum Preis von Fr. 98.- (plus Porto und Verpackung):

— Ex. FDP-Uhr

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern (Fax [031] 21 19 51)



# EWR ohne Alternative

**Eine Alternative zum EWR-Vertrag zu finden wird sehr schwierig sein. Dieses Fazit zogen rund achtzig Mitglieder der FDP-Ausschüsse von Aussen-, Wirtschafts- und Staatspolitik einen Tag nach der Abstimmung über den EWR-Vertrag. Der europäische Binnenmarkt wird im Jahre 1993 leider ohne die Schweiz verwirklicht und uns wirtschaftliche Nachteile bringen, die auch den Wohlstand des Volkes gefährden.**

Die heutige Wirtschaftskrise muss nach dem Nein vom 6. Dezember 1992 aus eigener Kraft bewältigt werden. Dies bedingt nach Ansicht der FDP die Änderung der jetzigen Mentalität, welche pessimistische Zukunftsangst vor die optimistische Wahrnehmung neuer Chancen stellt. Eine innovative Geisteshaltung und verbesserte Rahmenbedingungen für einen freien Wettbewerb ohne etatistische Hürden sind für die Schadensbegrenzung und einen wirtschaftlichen Aufschwung nötig.

Im Vordergrund steht das im April 1992 von der FDP ausgearbeitete Fitnessprogramm für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Eidgenössische, kantonale und kommunale Behörden haben dafür zu sorgen, dass alle Bewilligungsverfahren für Investitionen stark beschleunigt werden. Die Anstrengungen der Schweiz müssen sich auch auf die Gatt-Verhandlungen ausrichten, damit die Schweizer Wirtschaft im Welthandel von weiteren Liberalisierungsschritten profitieren kann.

Die Sanierung der Staatsfinanzen gehört nach Meinung der Freisinnigen in diesen Zusammenhang. Es ist vor allem die über dem Wirtschaftswachstum stehende Ausgabenflut zu bremsen. Soweit notwendig sind bei den indirekten Steuern Mehreinnahmen zu erschliessen, welche die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz nicht tangieren, aber die Lösung staatlicher Aufgaben im Bereich von Sozialvorsorge, Landwirtschaft, Umweltschutz und Verkehr erleichtern.

Weitere Möglichkeiten ergeben sich aus dem Eurolex-

Paket. Es wird sorgfältig zu prüfen sein, wo gesetzliche Änderungen zu besseren Rahmenbedingungen führen.

## Aussenpolitische Öffnung

Die europäische Konzeption ist der neuen Lage anzupassen. Alle Türen müssen offenbleiben. Im besonderen gilt es, die schmale Brücke des Freihandelsabkommens 1972 zum neuen Binnenmarkt zu festigen und bilaterale Handelsverträge für Dienstleistungen, Personen und Kapitalien anzustreben. Das Gesuch um Verhandlungen zum EG-Vollbeitritt darf einstweilen nicht zurückgezogen werden, damit eine weitere Option erhalten bleibt.

In den schweizerischen Grenzregionen sind die wirtschaftspolitischen Bedingungen so zu verbessern, dass der kleine Grenzverkehr Erleichterungen erfährt und die Zusammenarbeit mit den Nachbarn verstärkt wird.

Im weiteren soll die Schweiz nach Meinung der Freisinnigen aktiver zu einer dauerhaften Friedensordnung beitragen und unsere Neutralitätspolitik deutlicher in den Dienst internationaler Solidarität stellen.

## Nationale Klimaverbesserung

Da der harte Abstimmungskampf tiefe Gräben zwischen West- und Deutschschweiz, jüngerer und älterer Generation, Stadt und Land aufgerissen hat, sind rasch politische Brücken zu bauen. Im Hinblick auf eine europäische Integration gilt es vorerst, den nationalen Zusammenschluss herzustellen, um sich schrittweise dem neuen Binnenmarkt nähern zu können. □

## Kolumne

### EWR: Nach der Tat hält der Schweizer Rat



Das negative Resultat der EWR-Abstimmung hat Bitterkeit in der französischen Schweiz, tiefe Betroffenheit in allen Landesteilen bei den Befürwortern, aber auch bei vielen Gegnern ausgelöst. Noch nie sind die Meinungen zwischen der französischen und der deutschen (und der italienischen) Schweiz so diametral auseinandergelappt wie diesmal, schwankten doch die Ja-Anteile zwischen 26 Prozent im Kanton Uri und 80 Prozent im Kanton Neuenburg. Angesichts des «Röschigrabens» wurde fast vergessen, dass die Resultate in der deutschen Schweiz recht differenziert ausfielen, ja dass neben den beiden Basel beispielsweise auch drei Bezirke des Kantons Zürich zugestimmt haben – und selbst die Wohnortgemeinde von Christoph Blocher, Meilen, einen knappen Ja-Überschuss auswies. Bevor man tiefgreifende «Strukturunterschiede» in den französischen und deutschen Landesteilen in der öffentlichen Meinung zementiert, sollte man sich vielleicht auch daran erinnern, dass bei den Abstimmungen über die Neat, Bretton Woods und die Uno die Ergebnisse höchstens um Nuancen auseinandergingen.

Dass es diesmal zu einem Auseinanderbrechen der Landesteile, zu diesem leidenschaftlichen Abstimmungskampf mit intoleranten Begleiterscheinungen und zu dieser Rekordstimmeteiligung in allen Kantonen kommen konnte, dürfte damit zusammenhängen, dass sich die Schweizerin und der Schweizer vor einer Existenzfrage fühlte. Für viele stand die Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands auf dem Spiel (was zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen führte) und für manche Föderalismus, direkte Demokratie und Unabhängigkeit. In der deutschen und in der italienischen Schweiz hat wohl eine alte irrationale Angst vor dem mächtigen Nachbarn durch-

geschlagen und jene Schleusen der Abwehrgefühle geöffnet, die während des Abstimmungskampfes immer wieder deutlich wurden.

Das Abstimmungsergebnis löst einen mehrfachen Handlungsbedarf aus. Dabei sind nicht mehr die Angstmacher und Apokalyptiker gefragt, sondern die besonnenen Brückenbauer und nüchternen Pragmatiker. Der Handlungsbedarf erstreckt sich auf vier Ebenen:

**Europapolitik:** Schadensbegrenzung und Suche nach Wegen der pragmatischen Zusammenarbeit auf der Basis und durch den Ausbau bestehender Verträge; Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit durch Entschlackungsreformen im Innern.

**Brückenschlag:** Verstärkung der Begegnungen über die Sprachgrenzen zum besseren Verständnis der beidseitigen Haltungen.

**Politisches Klima:** Rückbesinnung auf die Voraussetzungen einer direkten, föderalistischen Demokratie in einem viersprachigen Land; Bekämpfung der Ansätze zur Intoleranz in den politischen Auseinandersetzungen.

**Verhältnis zu Deutschland und Italien:** Diskussion und Abbau noch bestehenden Misstrauens und vorhandener Ängste gegenüber den grossen Nachbarn im Norden und Süden. Aufarbeitung der demokratischen Geschichte Westeuropas im letzten halben Jahrhundert und Stärkung des Gefühls der Mitverantwortung für ein zusammengeglichenes befriedetes Europa.

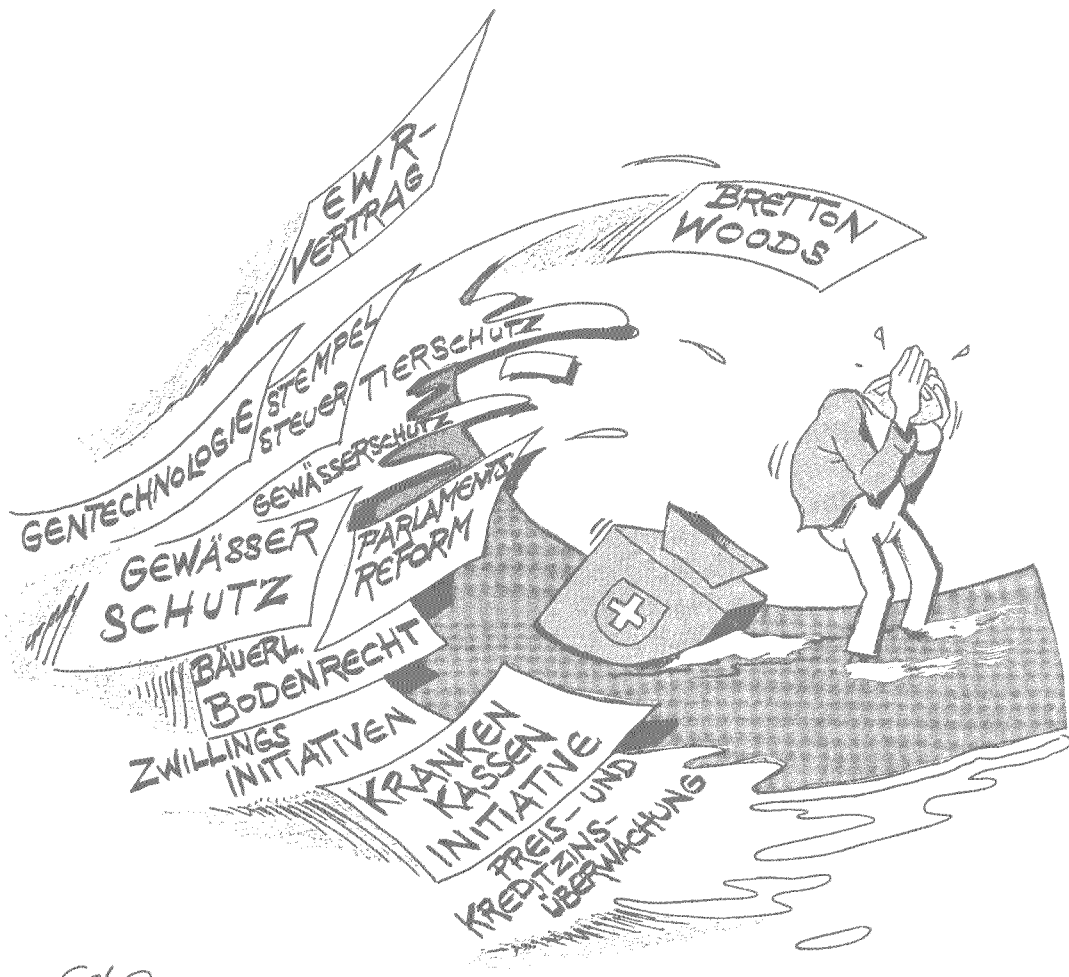
Die Abstimmung über den EWR darf nicht zu Ratlosigkeit und Resignation führen. Auf Grund der neuen Gegebenheiten ist aktives Handeln gefragt. *Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.*

*Kurt Müller*

Alt Nationalrat  
Dr. Kurt Müller, Meilen

# 1992 im Spiegel von Karika- turen

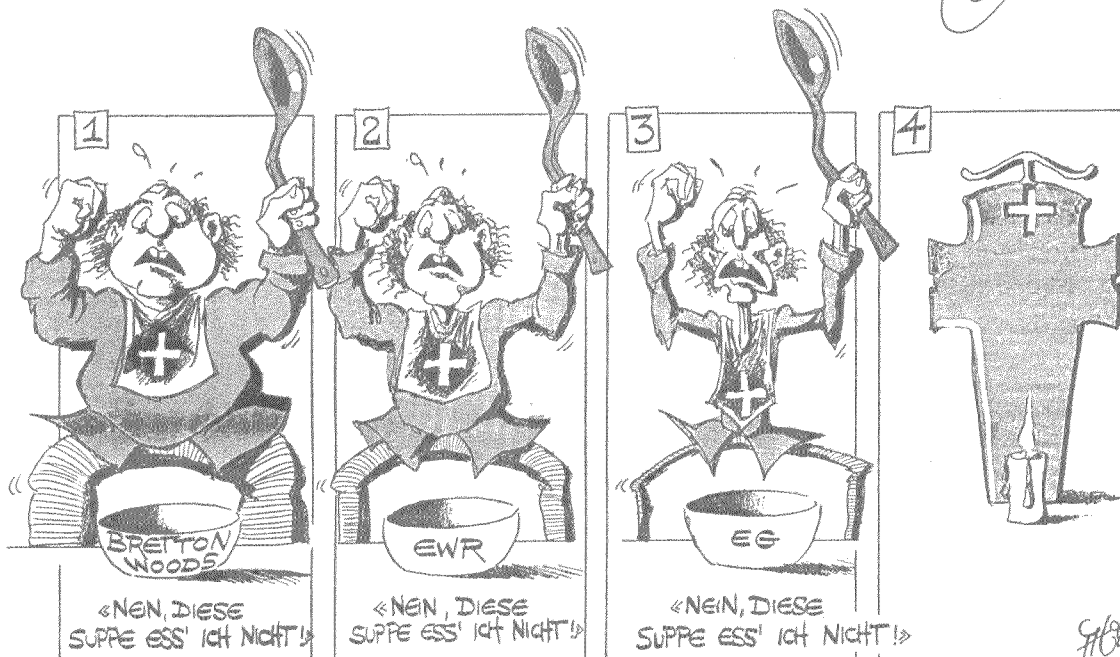
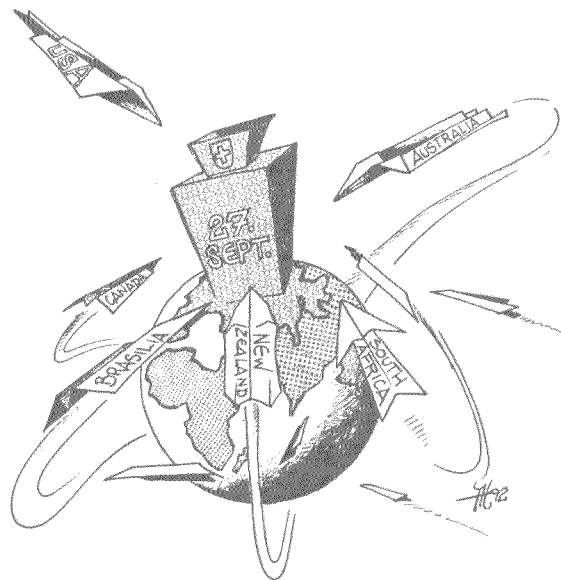
Karikaturen: Andreas Töns



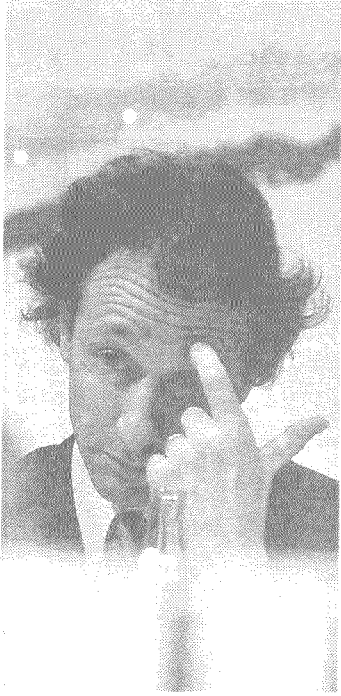
AT 92

Ganze 16 eidgenössische Vorlagen überfluteten die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger 1992.

Briefliches  
Stimm- und Wahlrecht  
von nun an  
auch für  
Auslandschweizerinnen  
und -schweizer!



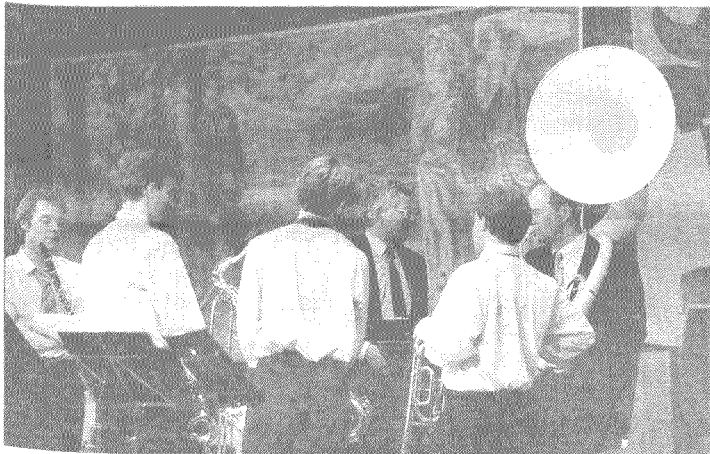
Wie wird die Geschichte wirklich enden?



Unzweifelhaft eine zweifelhafte Geste des Generalsekretärs Christian Krauter.



Der Komiker Giacomo und seine Crew verschönern einen klugen Kopf und fielen auch sonst vornehm auf.



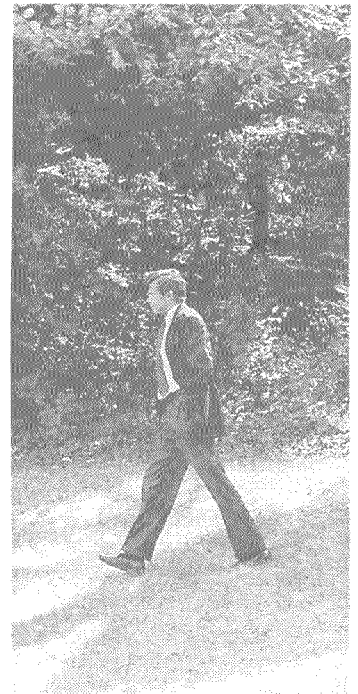
Bundesrat Kaspar Villiger «à la recherche du temps perdu».

**Aus dem  
Parteileben 1992**

*Photos: ruti*

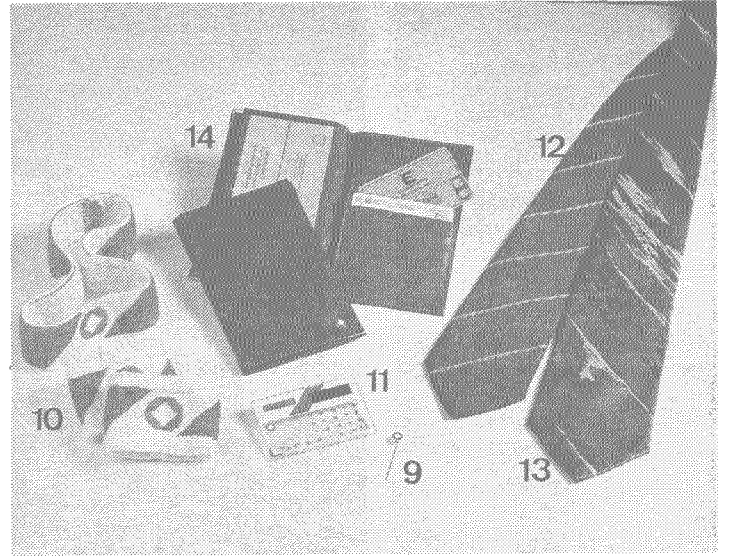
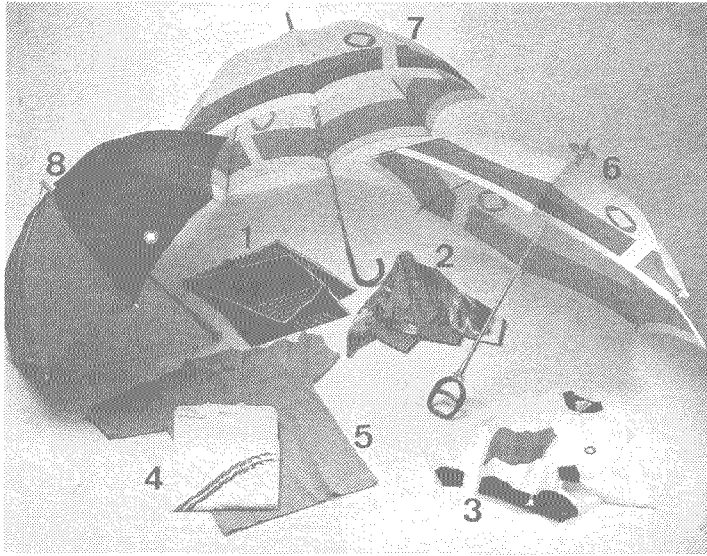


Hinter dem Rücken des Parteipräsidenten...



Ein Bergler im Flachland.

# Praktisch, sportlich, elegant



## Ja, ich bestelle:

- 1** Das zeitlose **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de Chine ist 90x90 cm gross und wurde mit einem handrollierten Saum versehen. \_\_\_ Ex. à Fr. 49.-
- 2** Das **neue Foulard** (90x90 cm) der «New look»-Kollektion in tollen, modernen Farben besteht aus 100% Crêpe de Chine. \_\_\_ Ex. à Fr. 50.-
- 3** **Windblouson** aus Nylon mit Strickborden. Schützt Sie bei Wanderungen vor unangenehmen Überraschungen. Einfach transportierbar, kann zusammengerollt und in der eigenen Jackentasche um die Taille getragen werden. Grössen  S,  M,  L (Zutreffendes bitte ankreuzen) \_\_\_ Ex. à Fr. 30.-
- 4** Praktisch und unverwüstlich, das neue **T-Shirt** (mit dem Aufdruck «Freiheit gewinnt») im modernen Schnitt aus 100% Baumwolle. Grössen  S,  M,  L,  XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) \_\_\_ Ex. à Fr. 12.-
- 5** Für die warmen Tage gibt es unser **Polo-Shirt** mit diskretem FDP-Emblem im klassischen Schnitt. Grössen  S,  M,  L,  XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) \_\_\_ Ex. à Fr. 30.-
- 6** Der praktische **Sportschirm** mit einem integrierten Klappsitz, damit Sie beim nächsten Sportfest nicht mehr stehen müssen. \_\_\_ Ex. à Fr. 30.-
- 7** Der **Doppelschirm**, damit Sie zu zweit nur einen Regenschirm brauchen und trotzdem nicht nass werden. \_\_\_ Ex. à Fr. 30.-
- 8** Der **klassische Regenschirm** in den Farben Rot, Dunkel- und Hellblau lässt Sie auch bei schlechtem Wetter trocken ans Ziel kommen. \_\_\_ Ex. à Fr. 35.-

- 9** **Anstecknadel**. Der diskrete Hinweis, dass Sie der richtigen Partei angehören. \_\_\_ Ex. à Fr. 10.-
- 10** Ein absolutes Muss für jeden Sportler. Das **Stirnband und die Pulswärmer** aus 90% Baumwolle. \_\_\_ Set à Fr. 10.-
- 11** Unser Solarrechner mit der 8stelligen LCD-Anzeige hilft Ihnen bei den schwierigsten Rechenaufgaben. \_\_\_ Ex. à Fr. 20.-
- 12** Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. \_\_\_ Ex. à Fr. 40.-
- 13** Die **Krawatte** aus unserer «New look»-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. \_\_\_ Ex. à Fr. 40.-
- 14** Das **Portefeuille** aus bestem Anilinleder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. \_\_\_ Ex. à Fr. 44.-

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte ausfüllen und ganze Seite einsenden an:  
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

# Impressionen aus dem Baltikum

Die baltischen Staaten waren die ersten Sowjetrepubliken, in denen sich der Drang zur Loslösung von Moskau mit Macht geregt hat. Ziel war die Wiedererlangung der vor fünfzig Jahren verlorenen Unabhängigkeit. Nach dem Zusammenbruch des Putsches der reaktionären kommunistischen Junta in Moskau im August 1991 wurde die Selbständigkeit Estlands, Lettlands und Litauens von Russland anerkannt. Ein neuer Abschnitt in der bewegten Geschichte des Baltikums hat damit begonnen.

Alfred Cattani

Ein Jahr nach Erlangen der Freiheit stehen die drei Länder noch immer vor grossen Problemen. Die Reise nach dem Baltikum, welche die Freisinnige Partei der Schweiz (FDP) unter der Leitung von Eleonora Schneuwly vom Generalsekretariat in Bern organisiert hatte, eröffnete den 24 Teilnehmern einprägsame Einblicke in die Schwierigkeiten, mit denen die jungen Staaten gegenwärtig zu kämpfen haben.

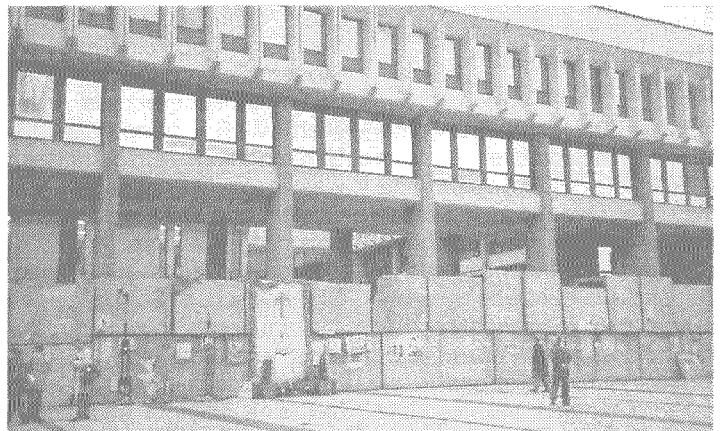
Die Problematik stellt sich in jedem Land anders. Estland scheint einige wichtige Schritte voraus zu sein. Der im Juni 1992 eingeführten neuen Währung, der Krone, bringt die Bevölkerung offensichtlich Vertrauen entgegen, während in

Litauen noch der russische Rubel umläuft und Lettland einen an die russische Währung angelehnten eigenen Rubel drückt, so dass man am besten mit Dollars und D-Mark durchkommt.

## Verhältnis zu den Russen

Anders ist es beim Verhältnis zu den im Baltikum lebenden Russen. Wann die letzten Truppen der Roten Armee abziehen werden, ist noch immer ungewiss. Mit Litauen ist kürzlich eine Vereinbarung getroffen worden, dass bis Ende August 1993 der Abzug vollendet sein wird, und auch in Estland scheint der Rückzug planmässig voranzugehen.

Wichtiger für die baltischen Staaten ist jedoch das Problem der zahlreichen russischen



Vilnius: Gedenktafeln am Parlamentsgebäude erinnern an die Toten des letzten Widerstandes gegen sowjetisches Militär.

Nichtmilitärs. Im Zuge der von den Sowjets (wie übrigens schon vom Zarismus) forcierten Russifizierung sind vor allem in Lettland und Estland russische Minderheiten entstanden, die um vierzig Prozent der Bevölkerung ausmachen. Wie wird ihr Verhältnis zum neuen Staat sein?

In Estland beispielsweise können Angehörige nichtestnischer Minderheiten die Staatsbürgerschaft dann erlangen, wenn sie mindestens zwei Jahre im Lande leben. In Lettland, wo nächstes Jahr Wahlen stattfinden sollen, wird für die Staatsbürgerschaft der Nachweis gefordert, dass man selber (bzw. die Eltern oder

Grosseltern) schon 1940 im Lande ansässig gewesen sei. In beiden Ländern werden ferner elementare Kenntnisse der Landessprache verlangt, wenn man Staatsbürger werden will.

Die Russen haben bis jetzt wenig Lust gezeigt, sich diesen Vorschriften zu unterziehen. Nur wenige beantragten die Staatsbürgerschaft.

Und über all diesen konfliktträchtigen Komplikationen erhebt sich die zentrale Frage: Wie können sich neue politische Strukturen herausbilden, wenn in den meisten Positionen noch die

Fortsetzung auf Seite 14



FDP-Reisegruppe in Tallinn.

Fortsetzung von Seite 13

alten Funktionäre aus der Sowjetzeit sitzen?

## Unterschiedliche Szenarien

In ihren Gesprächen mit Politikern verschiedenster Couleur erhielt die FDP-Reisegruppe die unterschiedlichsten Szenarien vorgesetzt. Am stärksten klappten die Differenzen auf in Lettland, wo der frühere Vorsitzende des aussenpolitischen Ausschusses des Parlamentes, Professor, Journalist und Fernsehkommentator Mavriks Vulfsons, das Bild eines düsteren, von Kälte und Hunger bedrohten Landes zeichnete. Ihm widersprach der Vorsitzende der Liberalen Partei Lettlands, Johan Danos, der mit aufrüttelnden Worten sein Vertrauen in den Aufbauwillen des lettischen Volkes bekundete.

In Litauen beklagte sich die frühere Ministerpräsidentin Kaszimiera Pruskiene, die sich mit den Vorwürfen wegen ihrer Zusammenarbeit mit dem KGB herumzuschlagen hat, über die Umtriebe der «extremen Rechten», die eine Normalisierung verzögerten.

In Estland wiederum sprach die Parlamentsabgeordnete der «Rural-Center Party», Lia Hänni aus Tartu, im Hinblick auf die damals bevorstehenden Parlamentswahlen die Hoffnung aus, dass aus dem Urnengang eine regierungsfähige Mehrheit hervorgehen werde – eine Erwartung, die am 20. September nicht voll erfüllt worden ist.

## Privatisierung

Wie die Privatisierung einer verstaatlichten Firma vor sich gehen kann, wurde am Bei-

spiel einer Schokoladefabrik in Riga demonstriert, die in der Region über eine Monopolstellung verfügt. Ein Gang durch den Betrieb liess auch beim Laien den Eindruck aufkommen, dass noch einiges in die Modernisierung von Gebäuden und Produktionsapparat investiert werden muss, ehe das Unternehmen einigermaßen westlichen Vorstellungen von Qualität und Leistungsfähigkeit entsprechen könnte.

Das gilt auch andernorts. Die baltischen Städte zeigen zwar im Vergleich zu den russischen ein ungemein viel besseres Aussehen. Aber auch hier sind Mängel und Zerfall unübersehbar, den eine ineffiziente Planwirtschaft hinterlassen hat.

Skeptisch stimmten beim Übergang von einem Land in das andere die umständlichen Grenzkontrollen. Noch wird der Durchreisende in behelfsmässigen Baracken abgefertigt. Aber bereits sind Baumaschinen aufgefahren, um Sperren zu errichten, die ungute Erinnerungen an Mauern anderswo erwecken.

## Fenster zum Westen

Ein paar Tage Aufenthalt in drei Ländern, die in Mentalität, Sprache und Konfession untereinander so stark differieren und die während Jahrzehnten von der Aussenwelt praktisch abgeschnitten waren, lassen selbstverständlich keine zwingende Bilanz zu. Die interessanten Kontakte mit Vertretern verschiedenster Richtungen haben der FDP-Gruppe jedoch gezeigt, dass der Geist, den einst die deutschen Kaufleute, die Dänen, Schweden und Polen in diese Länder trugen, unter der langen sowjetischen Herrschaft nicht zum Verschwinden gebracht werden konnte.

Die baltischen Länder waren stets ein Fenster zum Westen, nach Skandinavien und Mitteleuropa. In ihrer Geschichte sind sie immer wieder den Grossmachtinteressen geopfert worden.

Estland, Lettland und Litauen, die jetzt endlich erneut ihre Unabhängigkeit erlangt haben, verdienen unsere Unterstützung, damit sie die schwer erkämpfte Freiheit auch bewahren können. □

## Fonds Osteuropa

Dank dem FDP-Fonds Osteuropa können auch nach dieser Reise in die baltischen Staaten die direkten Kontakte genutzt und liberale Parteien unterstützt werden. Wir sind dabei, die Bedürfnisse abzuklären.

Die Staaten des ehemaligen Ostblocks brauchen unsere Hilfe. Wir dürfen ihre Probleme nicht vergessen, sie sind immens.

Konto 30-9788-1, Fonds Osteuropa, Postfach 6136, 3001 Bern. – Vielen Dank! □

## FDP-Standpunkt

### Dringlich

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) erachtet eine Revision des Anlagefondsgesetzes als dringlich. Nur so können die weitere Abwanderung der Anlagefonds und der damit zusam-

menhängende Verlust an Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen ins Ausland gestoppt werden. Der Lagebeurteilung und dem Konzept des Vorentwurfes zur Revision des Anlagefondsgesetzes stimmt die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort im Grundsatz zu.

## Leserbriefe

### Zum Teufel mit der Demokratie?

Jede Woche gibt es Leute, auch junge, die wollen erwachen und sich über öffentliche Angelegenheiten genauer informieren. Ist das schlecht?

Zum Beispiel möchten sie den Finanzplan ihrer Gemeinde für die nächsten Jahre kennen. Kein Problem, sie rufen an und werden prompt bedient. Eine nette Stimme teilt ihnen noch mit, dass die Behörden sogar verpflichtet sind, den Finanzplan zu veröffentlichen, damit sich die Leute eine Meinung bilden und demokratisch handeln können. So steht es im Gesetz. Und die nette Stimme zählt noch weitere Rechte auf, die den Leuten zustehen, aber eben, Berge von Gesetzen würden gar nicht vollzogen.

Leider ist solches Musterverhalten bei gewählten Politikern und Verwaltungen selten sichtbar, die Mehrzahl erinnert sich lieber an die Schweigepflicht und ist froh, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger gar nicht interessiert sind.

Also Leute, nicht entmutigen lassen und hartnäckig herumtelefonieren, das ist mein Ratsschlag für Einsteiger in die Demokratie. *Jürg Jehle, Brugg*

### Autöli oder Bäbi?

Bei den aufgelisteten schulischen Nachteilen der Mädchen gegenüber den Knaben müsste man eigentlich erwarten, dass die Mädchen beim Übergang in die höhere Stufe mehr Mühe haben.

Der neuesten Schulstatistik des Kantons Zürich entnehme ich aber folgende Fakten:

- Mehr Mädchen als Knaben besuchen die Sekundarschule.
- Bedeutend mehr Mädchen finden sich in den Mittelschulen.

Wohl kommen die Mädchen, wie im Artikel erwähnt, im Rechenbuch der vierten Klasse achtmal weniger vor als die Knaben, dafür kommen sie an den Mittelschulen zu 23 Prozent mehr vor – diesmal nicht im Schulbuch, sondern im Schulhaus!

Damit sollen die geschilderten Nachteile nicht etwa bagatellisiert werden. Im Gegenteil, sie sind zu beheben. Ob ich aber meiner Enkelin ein Autöli und dem Enkel ein Bäbi zu Weihnachten schenken werde, das ist noch gar nicht sicher.

*Ernst Wolfer, Wädenswil*

Garten- und Landschaftsarchitekten,  
Erdbauingenieure

100 Jahre 1892 – 1992  
Erfahrung,  
Dynamik,  
Tradition

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren  
und pflegen auch Ihren Garten  
für Ihre sympathische Umwelt

**Spross Ga-La-Bau AG Zürich**  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

# FDP International: Erfolgreicher Start

Vor einem Jahr wurde von der Parteileitung anlässlich des traditionellen Fraktionssessens der Schritt ins Ausland angekündigt. Ein Jahr später steht die FDP Schweiz International und hat sogar schon eine Sektion in Südafrika. Der Start war erfolgreich, der Elan soll auch in den kommenden Jahren anhalten.

**Nationalrat  
Dr. Georg Stucky (ZG)\***

Damit sind zunächst unsere FDP-Politiker in Bund und Kantonen angesprochen: Warum nicht bei einer Auslandsreise die Schweizerkolonie kontaktieren, um sich für ein Referat oder Gespräch über aktuelle Fragen der Schweiz zur Verfügung zu stellen? Den Präsidenten unserer Schweizervereine haben wir die Gründung der FDP Schweiz International angezeigt, das Echo war zwar etwas mässig, aber wir sollten eben mit unseren Diensten aufwarten können.

Diese brauchen primär gar nicht parteipolitisch bezogen zu sein. Hingegen geht es darum, unsere Auslandschweizer,

\* Präsident der FDP Schweiz International.

die seit dem Juli 1992 das Stimm- und Wahlrecht von ihrem Wohnort aus wahrnehmen können, so über das politische Geschehen in der Heimat ins Bild zu setzen, dass sie sich auch eine Meinung wie der «Inländer» bilden können.

Natürlich denkt eine Partei auch an sich selbst. Einer liberalen kommt dabei die besondere Aufgabe und Chance zu, im heutigen Wandel der Welt der Toleranz, den Freiheitsrechten, dem Demokratieverständnis, dem Pluralismus, der freien Marktwirtschaft, kurz dem immanenten Gedanken gut eines modernen Liberalismus zum Durchbruch zu verhelfen beziehungsweise neues Terrain zu sichern. Darin besteht wohl auch das besonders reizvolle unseres Auftrages, insbesondere der FDP Schweiz International. □

## Veranstaltung

# Parolenfassung

**A. o. Delegiertenversammlung,  
Samstag, 23. Januar 1993, 10.00 Uhr  
in Lenzburg, Hotel Krone.**

### Programm

- 9.30 Kaffee, Gipfeli
- 10.00 **Eröffnungsansprache durch Parteipräsident**  
Nationalrat Franz Steinegger
- 10.20 **Volksinitiative zur Abschaffung der Tierversuche**  
Präsentation der Vorlage, anschliessend Diskussion, Standpunkt des Bundesrates sowie Beschlussfassung über Parolenantrag
- 11.00 **Zukunft der Bundesfinanzen**  
Podiumsgespräch zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen (Aufhebung des Spielbankenverbots und Treibstoffzollreferendum), anschliessend Diskussion, Standpunkt des Bundesrates sowie Beschlussfassung über den Parolenantrag
- 12.45 Schlusswort des Parteipräsidenten
- 13.00 Apéro

Zu dieser Veranstaltung sind alle Parteimitglieder herzlich eingeladen.

### Anmeldetalon

Name:

Vorname:

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136,  
3001 Bern., Fax (031) 21 19 51.

## Helfen Sie am Aufbau mit!

Die **FDP Schweiz International** wird ihrem Namen gerecht: Sie hat bereits Mitglieder aus den Kontinenten Asien, Amerika, Australien, Europa. Allerdings ist unsere Aufbauarbeit noch lange nicht abgeschlossen. Dazu sind wir auch auf Ihre Mithilfe angewiesen.

Wenn Sie **Schweizer Freunde und Bekannte im Ausland** haben, die sich für eine Mitgliedschaft bei der **FDP Schweiz International** interessieren könnten, bitten wir Sie, uns dies mit beiliegendem Talon mitzuteilen. Für Ihre Bemühungen danken wir im voraus aufs herzlichste.

### Talon

Bitte stellen Sie mir den Informationsprospekt «**FDP Schweiz International**» zu.

(Falls mehrere Exemplare gewünscht, bitte Anzahl angeben:  
\_\_\_\_\_ Expl.; Sprachen: Deutsch/Englisch oder Französisch/  
Italienisch)

Ich möchte Mitglied der **FDP Schweiz International** werden (Mitgliederbeitrag Fr. 20.- jährlich für Inlandschweizer).

Ich habe Schweizer Freunde und Bekannte im Ausland, die sich für die **FDP Schweiz International** interessieren:

Name/Vorname:

Adresse:

Staat:

Name/Vorname:

Adresse:

Staat:

### Meine Adresse

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Wohnort:

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an: FDP Schweiz International, Postfach 6136,  
3001 Bern. Fax (031) 21 19 51

**FDP-Standpunkt**

**Positiver erster Schritt**

Die FDP begrüsst grundsätzlich, dass der Bundesrat Sofortmassnahmen im Rahmen einer Regierungsreform vorsieht. Die FDP sieht insbesondere im vermehrten Einsatz von Staatssekretären eine Möglichkeit, den Bundesrat sowohl als Kollegialbehörde als auch als Departementsvorsteher auf verschiedenen Gebieten kurzfristig zu entlasten. Damit können die Bundesräte in die Lage versetzt werden, der Regierungsfunktion erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Eine Konzentration der Tätigkeit der Bundesräte als Kollegium ist denn auch das Hauptziel der Vorstösse der FDP-Parlamentarier Rhinow und Petitpierre sowie der freisinnigen Fraktion vom März 1990.

Eher problematisch erscheint der FDP die weitgehende Flexibilisierung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen. Dies könnte dazu führen, dass jede Departementsspitze anders organisiert wird, was der Übersichtlichkeit nicht dienlich wäre. Fragen stellen sich für die FDP auch bei der weitgehenden Verlage-

rung der Organisationskompetenzen von der Bundesversammlung an den Bundesrat. Die FDP könnte sich hier parlamentarische Kontrollmechanismen durch Ausschüsse, Kommissionen oder durch das Büro vorstellen.

Die FDP teilt die Auffassung des Bundesrates, dass eine weitergehende Regierungsreform im Zusammenhang mit dem Verhältnis Bundesrat - Bundesversammlung, Bund - Kantone und einem zeitgemässen Rechtsetzungsprozess bearbeitet werden muss. Betreffend die weiteren Reformschritte, das ganze weitere Vorgehen, sind der FDP die Aussagen des Bundesrates in zeitlicher und materieller Beziehung zu unbestimmt. Die Partei ist der Ansicht, dass der Bundesrat die zweite Phase der Regierungsreform unverzüglich weiterverfolgen und entsprechende Schritte in die Wege leiten muss. □

**Wichtiger Reformschritt**

Die FDP begrüsst den Entwurf zu einem neuen Militärgesetz als wichtigen Reformschritt. Damit wird das Gesetz aus dem Jahre 1907 den neuen Bedürfnissen und Anforderun-

gen der Armee 95 angepasst. Der vorliegende Entwurf zeugt vom Reformgeist im zuständigen Eidgenössischen Militärdepartement (EMD).

Das neue Militärgesetz ist geprägt von Flexibilität und Innovation. Hervorzuheben ist die Erweiterung der Einsatzarten der Armee, insbesondere der Friedensförderungsdienst und der Assistenzdienst, welcher Hilfeleistungen an zivile Behörden in ausserordentlichen Lagen umfasst. Hier wird nach Ansicht der Partei die Aufgabe der Armee als Instrument im Dienste der Gemeinschaft besonders deutlich. Dass Ausbildung und Friedensförderung einen hohen Stellenwert erhalten, entspricht freisinnigen Postulaten.

Die FDP begrüsst die gesetzliche Verankerung des sicherheitspolitischen Auftrags der Armee. Gleichzeitig betont sie, dass zur Kriegsverhinderung auch eine zeitgemässe Luftwaffe gehört, wie sie mit dem Kauf der F/A-18-Kampflugzeuge geplant ist. □

**Bessere Erfassung der HIV-Epidemie notwendig**

Die FDP spricht sich in ihrer Vernehmlassungsantwort zur «Verordnung über epidemiologische Studien zur Erfassung des Human Immunodeficiency Virus (HIV)» für die vorgesehene Beschaffung zusätzlicher Daten aus.

Mit der vorgeschlagenen Methode, dem «Unlinked Anonymous Screening» (UAS), kann sich die FDP einverstanden erklären. Diese Methode ermöglicht es, Daten über das Ausmass der Epidemie und Aussagen über die Verteilung der HIV-Infektionen ohne Rückschluss auf die betroffene Person zu erhalten.

Eine bessere Erfassung der HIV-Epidemie erscheint der FDP notwendig. Die Partei betrachtet die vorgeschlagene Erhebung aber als Minimum im Kampf gegen die HIV-Epidemie und könnte sich in Zukunft auch weitergehende Massnahmen vorstellen. □

**Agenda 1993**

Die bewährte, handliche FDP-Agenda mit dem soliden Lederportefeuille (bordeaux) steht Ihnen auch dieses Jahr wieder zur Verfügung. Tragen Sie jetzt schon Ihre Termine für das kommende Jahr ein!

Bitte senden Sie mir

\_\_\_\_\_ Ex. Lederportefeuille mit FDP-Agenda 1993 (bordeaux) à Fr. 44.-

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

**INITIATIVE MIT SCHLIMMEN FOLGEN**

Das Tierschutzgesetz ist besser geworden. Neu ist seit letztem Jahr beim Tierversuch die verschärfte Bewilligungspraxis und die Überwachung durch das Veterinäramt des Bundes. Damit wurde eine effiziente Kontrolle noch griffiger gemacht. Trotzdem ist wieder eine Initiative «zur Abschaffung der Tierversuche» eingereicht worden. Diese Initiative hätte für Forschung und Medizin schlimme Folgen. «Die medizinische Versorgung des Menschen und der Tiere würde schlechter», schreibt der Bundesrat in seiner Botschaft dazu.

**Auch der Bundesrat ist der Auffassung, dass die Initiative «zur Abschaffung der Tierversuche» abzulehnen sei.**



Das Bundeshaus in Bern

Eine Information des Arbeitskreises Gesundheit und Forschung, Postfach, 8024 Zürich



Veranstaltung

# Freisinnige Frauen: Tagung

Die Vereinigung freisinnig-demokratischer Frauen der Schweiz (SVFF) lädt alle freisinnigen Frauen am 15./16. Januar 1993 zu einer Tagung nach Zürich ein.

Eine gesamtschweizerische Studie zeigt verheerende Tendenzen bezüglich Frauenanteilen in den politischen Gremien auf: sinkende Zahlen des Frauenanteils in den Parlamenten, auch in den Städten, weniger freisinnige Frauen auf den Wahllisten. Das können wir nicht auf uns sitzen lassen!

Basierend auf dieser Studie, möchte wir an dieser Tagung Taktiken und Strategien erarbeiten, die helfen, unsere politischen Anliegen besser durchzusetzen und Frauen für die politische Arbeit zu motivieren. Bekannte Referentinnen und Parlamentarierinnen berichten über ihre Erfahrungen und leiten die Arbeitsgruppen.

**15./16. Januar 1993, Hotel Nova-Park,  
Badenerstr. 420, Zürich**

Tram: ab HB Nr. 3 Richtung Albisrieden bis Albisriederplatz

Programm:

**Freitagnachmittag/-abend (17.00 Uhr bis 22.00 Uhr)**

Referat von *Dr. S. Bergmann-Pohl*, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Bonn

**«Politische Strategien für Frauen»**

Referat von *B. Geier-Bischoff*, Liestal, über die Studie

**«Die freisinnigen Frauen in den Nationalratswahlen»**

von *Dr. T. Ballmer-Cao* zuhanden der FDP Schweiz. Hintergründe, die zur Studie führten, Bericht über Massnahmen der Geschäftsleitung der FDP zur Frauenförderung.

Nach Referat und Diskussion Abendessen, anschliessend Gruppenarbeit.

Aufarbeiten der Thematik «Strategie und Taktik»:

Generelle Einführung in strategisches politisches Denken und Handeln.

Die Gruppen werden nach ausgewählten politischen Sachthemen gebildet:

- Gesundheitspolitik: T. Heberlein, Nationalrätin
- Wirtschaftspolitik: V. Spoerry, Nationalrätin
- Drogenpolitik: Ch. Beerli, Ständerätin
- Umweltschutz: R. Kohlermann, Landrätin
- Sozialpolitik: L. Nabholz, Nationalrätin

**Samstagvormittag (8.30 Uhr bis 12.30 Uhr)**

Einstieg mit Videovorführung zum Thema

**«Karriere und Familienarbeit»**

Anschliessend Kaffeepause, Gruppenarbeit:

Wie setze ich Sachforderungen in konkrete politische Ergebnisse um? Anhand von Beispielen werden Strategien entwickelt.

**Wie weiter?**

Im Plenum wird besprochen, wie wir die an der Tagung gewonnenen Erkenntnisse verarbeiten wollen und welches die nächsten Schritte sind.

**Tagungspreis:**

Inkl. Tagung, Nachtessen, für Samstagvormittag Kaffee und Gipfeli, aber ohne sonstige Getränke: Fr. 60.-

Übernachtungen im Hotel Nova-Park, Badenerstr. 420: Einzelzimmer Fr. 180.-, Doppelzimmer Fr. 180.-.

Privatunterkünfte: Falls Sie Lust haben, eine Tagungsteilnehmerin in der Nacht auf den 16. Januar 1993 bei sich zu Hause zu beherbergen, um damit eine Gleichgesinnte etwas näher kennenzulernen, lassen Sie es uns wissen. Anmeldung bei: C. Bajna-Zbinden, Im Glockenacker 53, 8053 Zürich, Tel. (01) 381 98 50, Fax (01) 825 57 44.

## Soziale Anliegen auf freisinnige Art verwirklichen

Alte Menschen möchten so lang wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben. Der Bekanntenkreis wird aber ständig kleiner, und ihre Mobilität nimmt ab. Wenn sie pflegebedürftig werden und sich ein privates Pflegeheim nicht leisten können, sind sie gezwungen, in ein von ihrer Wohngemeinde subventioniertes Pflegeheim zu gehen.

Dort kümmern sich bezahlte und ehrenamtliche Helfer um sie. Die Zuwendung, die sie von fremden Leuten bekommen, könnten ihnen die Angehörigen selber geben, wenn sie am gleichen Wohnort lebten.

**neu zugezogenen alten Menschen offenstehen, sofern ihre nächsten Verwandten den Steuerwohnsitz in der entsprechenden Gemeinde haben.**

Schülerklubs und Tagesschulen lassen sich – nicht zuletzt aus finanziellen Gründen – nur sehr schwer verwirklichen. Trotzdem besteht eine grosse Nachfrage. Andererseits brauchen nicht alle berufstätigen Mütter eine Ganztagesstruktur für ihre Kinder.

**Eine private oder öffentlichrechtliche Institution koordiniert Angebote und Gesuche zum inter-familiären Kinderhüten.**

**Konkordat zwischen allen Gemeinden in der Schweiz, welches vorsieht, dass die Alters- und Pflegeheime auch**

*Ursula L. Schmid,  
Schaffhausen, Vorstand SVFF*

### Anmeldung zur Arbeitstagung

(Bitte einsenden bis 31. Dezember 1992)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

PLZ, Adresse: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

- Sind Sie Mitglied einer Frauengruppe, die bei der SVFF angeschlossen ist?
- Sind Sie Passivmitglied der SVFF?
- Sind Sie Mitglied einer Ortspartei?

**Wahl der Arbeitsgruppe**

Ich möchte nach Möglichkeit teilnehmen in der Gruppe:

	1. Priorität	2. Priorität
Gesundheitspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wirtschaftspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Drogenpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umweltschutz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sozialpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Übernachtung im Hotel Novapark, Badenerstr. 420, Zürich

Einzelzimmer Fr. 180.-  Doppelzimmer Fr. 180.-

Kontinentales Frühstück: Fr. 13.-

Frühstücksbuffet: Fr. 19.-

Privatunterkunft wenn möglich

Gerne würde ich bei einer freisinnigen Kollegin übernachten

Brauche keine Übernachtung

Bitte ausfüllen und senden an:

Claire Bajna-Zbinden, Im Glockenacker 53, 8053 Zürich,  
Tel. (01) 381 98 50, Fax (01) 825 57 44

## Mutzli

«Mit Polizist-Wäckerli-Methoden kommen wir dem Drogenhandel nicht mehr bei», begründet der Urner Ständerat Hans Danioth (cvp.) seine Motion zur besseren Verbrechensbekämpfung.

«Man soll sich nicht selber zitieren – ich habe es nun trotzdem getan», gestand der Aargauer Ständerat Willy Loretan (fdp.) in der Budgetdebatte, als er vor einer Verteilung der EMD-«Friedensdividende» warnte.

Der im Landwirtschaftsbereich nicht spanwillige Niklaus Küchler (Obwalden, cvp.) zitierte den Finanzkommissionspräsidenten Ernst Rüesch (St. Gallen, fdp.), wonach «Sparen am falschen Ort» teuer zu stehen komme. «Es ist durchaus ehrenvoll, wenn man schon zu Lebzeiten zitiert wird», entgegnete der so Angesprochene.

«Ich melde mich erstmals von hier: Nachdem die Präsidentin heruntergekommen ist, habe ich Stuhl und Seite gewechselt», eröffnete Ständerat Bruno Frick (Schwyz, cvp.) seine Rede. Josi Meier (Luzern, cvp.) anvisierend, die zulasten ihres Kollegen ihren Stammplatz eingenommen hatte. Nun unter den welschen Kollegen sitzend, habe er als erster nach dem EWR-Nein der Schweiz den Röstigraben überwunden.

Ein grüner Sozialdemokrat auf Kündigs Platz! Das war für Christoph Lang, Sekretär des Ständerates, des Guten zuviel. Trotz Ermahnung setzte sich der Bündner Nationalrat Andrea Hämmerle aber gleich nochmals auf den verwaisten Platz von Markus Kündig (Zug, cvp.).

Ständerat Hans Danioth (Uri, cvp.) setzte sich vehement für Halte der IC-Züge im Kanton Uri ein, was seinen Baselbieter Kollegen René Rhinow (fdp.) zur schnippischen Bemerkung verleitete, IC bedeute immer noch Intercity und nicht Intervillage...

«Ich bin froh, dass Otto Piller (Freiburg, sp.) da ist», gab Ständeratspräsidentin Josi Meier (Luzern, cvp.) zu Beginn

der Wintersession und der Wahlgeschäfte dem Rat erleichtert bekannt: «Er ist den ganzen Tag im Militärdienst», habe man ihr im Büro des künftigen Ratspräsidenten gesagt.

«Ich habe dich als Ledige in Ehe unterrichtet», meinte Josi Meier dann an der Feier des neuen Ständeratspräsidenten Otto Piller in Alterswil. Mit Blick auf das neue Amt meinte die abtretende Präsidentin vielsagend: Er sei es «als ehemaliger Elektromonteur ja gewohnt, mit langen Leitungen und Kurzschlüssen umzugehen.»

«Fragen wir nicht, was wir aus Bern holen können, sondern was wir bringen wollen», forderte im Nationalrat der neue Präsident Paul Schmidhalter (cvp.) das Parlament auf... unter Schmunzeln und Gelächter seitens des Rates, der sich der Rolle Schmidhalters als gewiegter und allzeit präsenter Walliser Lobbyist erinnerte.

Die SBB seien zwar nun Sorgenkind Nummer eins der Nation geworden und machten grosse Sorge. «Aber man hat es dennoch gern», meinte Hans Danioth bei der Beratung des tiefroten SBB-Budgets.

Ständerat Rolf Büttiker (Solothurn, fdp.) setzte sich gegen den Widerstand von Bundesrat Otto Stich für mehr Geld für den Wohnungsbau ein und meinte an die Adresse des aus demselben Kanton stammenden Finanzministers: «Die Sünde kommt aus dem Kanton Solothurn und ist darum nur halb so schlimm.»

Hans Bisig, FDP-Ständerat aus dem Kanton Schwyz, gelang ein Freudscher Versprecher in der Auseinandersetzung um die Höhe der Wohnbauförderung. Er sprach statt von «Wohnraum» von «Wohntraum» und hatte damit aus der Optik vieler Mieter unzweifelhaft recht.

Ernst Rüesch (St. Gallen, fdp.) hielt sich in seiner Funktion als Finanzkommissionspräsident an Goethes Mephisto und meinte zu einem der vielen Anträge, der die Sparschraube lockern wollte, auch hier sei er «der Geist, der stets verneint».

## Veranstaltungen

### 1993

#### Januar

22. Sekretärenkonferenz  
22. Geschäftsleitung  
22. Delegiertenrat  
23. a. o. Delegiertenversammlung, Baden

#### Februar

19./20. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

#### März

1.–19. Session  
7. Eidgenössische Abstimmung  
19. Geschäftsleitung  
Delegiertenrat  
27. Konferenz FDP-Regierungsräte

#### April

23. Sekretärenkonferenz  
23. Geschäftsleitung  
23. Delegiertenrat/  
23.–24. o. Delegiertenversammlung (Genf)  
23./24. Fraktionssitzung  
26.–30. evtl. Sondersession

#### Mai

15. Ortsparteipräsidenten-Konferenz  
21./22. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

#### Juni

1.–18. Session  
5. Kantonalpräsidenten-Konferenz  
6. Eidgenössische Abstimmung  
9. Fraktionsausflug  
18. Geschäftsleitung

#### August

20. Geschäftsleitung  
20. Delegiertenrat  
21. a. o. Delegiertenversammlung

#### September

10./11. VorseSSIONALE Fraktionssitzung  
20.–8.10. Session  
21. Wirtschaftsmoeting  
24. Sekretärenkonferenz  
26. Eidgenössische Volksabstimmung

#### Oktober

20. 9.–8. 10. Session  
15. Geschäftsleitung  
15. Delegiertenrat  
16. a. o. Delegiertenversammlung

#### November

19./20. VorseSSIONALE Fraktionssitzung  
28. Eidgenössische Volksabstimmung  
29.11.–17. 12. Session

#### Dezember

8. Offizielles Fraktionssessen  
17. Geschäftsleitung

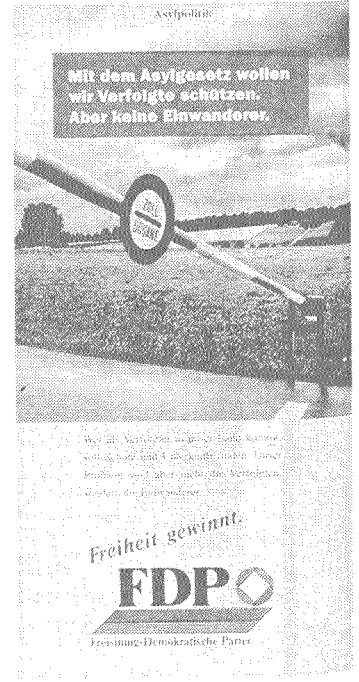
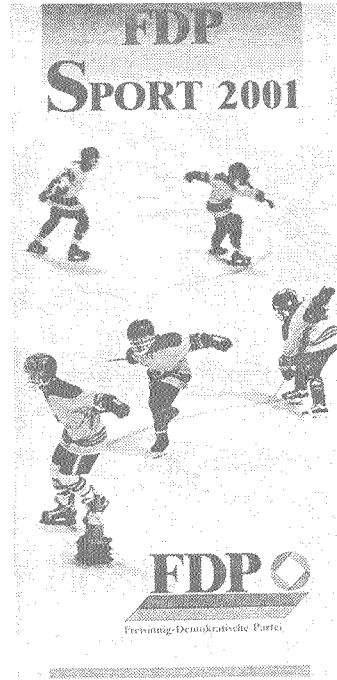
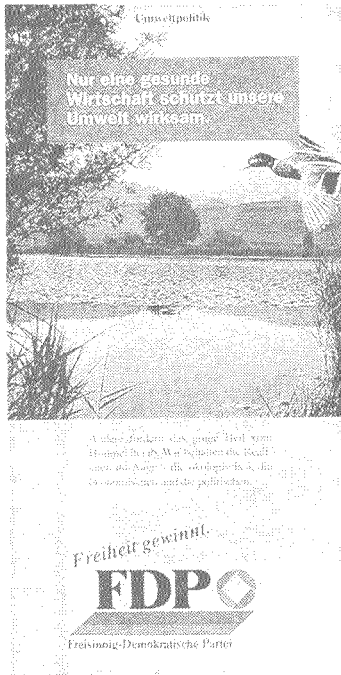
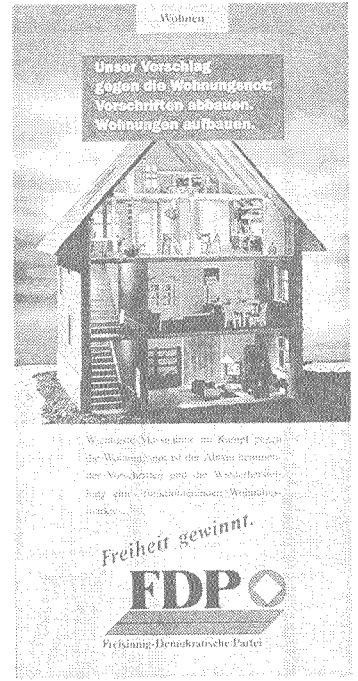
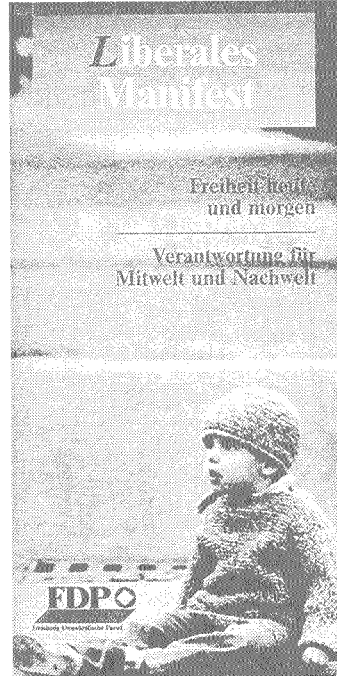
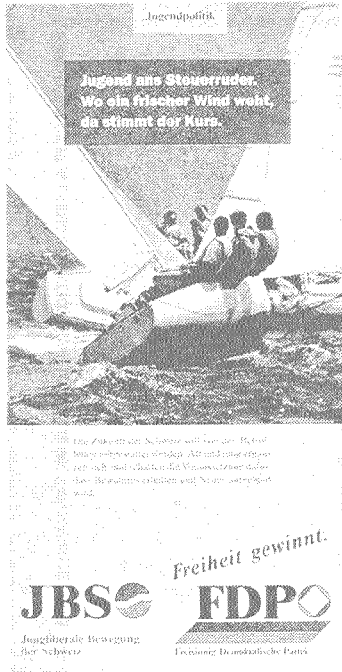
Der Nationalrat diskutierte beim Statistikgesetz auch über die Volkszählung. FDP-Sprecher Ulrich Fischer (Seengen AG) machte diese kurzum zur «Volkszählung». Wird wohl künftig der Computer angesichts der prekären Bundesfinanzlage durch den billigeren Zählrahmen ersetzt?

Direktzahlungen sollen künftig das bäuerliche Einkommen sichern. Kommissionspräsident Ständerat Rico Jagmetti (FDP/ZH) zog die Grenzen der Berechtigung im Falle der vielen Nebenerwerbsbetriebe: «Das Halten einer Geiss als Hobby genügt nicht.»



# Freisinnige Positionen

Diese Broschüren können Sie bei uns bestellen



Bitte senden Sie mir folgende Broschüren:

Broschüre Nr.  1  2  3  4  5  6  7  8

Kreuzen Sie die gewünschte Nummer an.

1 Exemplar gratis.

Bei mehreren Exemplaren kosten

die Nummern 1 2 4 5 8 ..... je Fr. -50

die Nummern 3 6 7 ..... je Fr. 1.-

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:

FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

Tel. (031) 22 34 38, Fax (031) 21 19 51